

Weitere Themen dieser Ausgabe: Einschränkungen der Rechte von Kindern in der Pandemiezeit am Beispiel des Rechts auf Bildung • Ograniczenia praw dziecka w okresie pandemii na przykładzie prawa do nauki • Regelung pyrotechnischer Gegenstände im Rahmen der Europäisierung und ihre Mängel • Ist Migrationsrecht für die Herausforderungen der modernen Welt gerüstet? Aktueller Rechtsstand und Änderungsbedarf • The Principles of Political Autonomy and Equality in The Concept of EU Representative Democracy • Privacy Protection vs. Fight against Terrorism. Comparison of recent decisions of the CJEU and the Constitutional Court of the Czech Republic • Bericht zur internationalen wissenschaftlichen Tagung über "Wirtschaft, Finanzen und nachhaltige Entwicklung"

**Regelung pyrotechnischer Gegenstände
im Rahmen der Europäisierung und ihre Mängel**

» Seite 13

**Ist Migrationsrecht für die Herausforderungen
der modernen Welt gerüstet?**

» Seite 20

**The Principles of Political Autonomy
and Equality in The Concept
of EU Representative Democracy**

» Seite 26

**Privacy Protection vs. Fight against Terrorism.
Comparison of recent decisions of the CJEU
and the Constitutional Court of the Czech Republic**

» Seite 32

**Bericht zur internationalen wissenschaftlichen
Tagung über "Wirtschaft, Finanzen
und nachhaltige Entwicklung"**

» Seite 40

**Einschränkungen der Rechte von Kindern in der Pandemiezeit
am Beispiel des Rechts auf Bildung » Seite 04**

Inhalt

Nr. 3/2023



- 04** Einschränkungen der Rechte von Kindern in der Pandemiezeit am Beispiel des Rechts auf Bildung
Paweł Kuczma



- 09** Ograniczenia praw dziecka w okresie pandemii na przykładzie prawa do nauki
Paweł Kuczma



- 13** Regelung pyrotechnischer Gegenstände im Rahmen der Europäisierung und ihre Mängel
Kamila Balounová



- 20** Ist Migrationsrecht für die Herausforderungen der modernen Welt gerüstet? Aktueller Rechtsstand und Änderungsbedarf
Marta Bakun



- 26** The Principles of Political Autonomy and Equality in The Concept of EU Representative Democracy
Florián Doležal



- 32** Privacy Protection vs. Fight against Terrorism. Comparison of recent decisions of the CJEU and the Constitutional Court of the Czech Republic
Miroslav Uříčar



- 40** Bericht zur internationalen wissenschaftlichen Tagung über "Wirtschaft, Finanzen und nachhaltige Entwicklung"
Michał Biliński, Magdalena Jaś-Nowopolska

Einschränkungen der Rechte von Kindern in der Pandemiezeit am Beispiel des Rechts auf Bildung

1. Einleitung

Der Ausbruch der Covid-19-Pandemie hat zu einer erheblichen Neubewertung der Menschenrechte geführt. Die Beschränkungen, die nicht nur in Polen, sondern auch in anderen Ländern eingeführt wurden, lassen eine Tendenz erkennen, den kollektiven Rechten, die auf den Schutz der gesamten Bevölkerung abzielen den Vorrang zu geben. In Anbetracht dessen konnte die Einführung von Beschränkungen mit umstrittener Rechtsgrundlage (auf der Grundlage von Verordnungen und nicht von Gesetzen) beobachtet werden, und wenn eine Beschränkung bereits in einem Rechtsakt im Rang eines Gesetzes verankert war, wurde bei der Regelung in einer Weise vorgegangen, die den Grundsätzen einer ordnungsgemäßen Gesetzgebung zuwiderlief. Problematisch war auch, dass kein Ausnahmezustand verhängt wurde, als es dafür Gründe gab, sowie Verstöße gegen so elementare Rechte wie den Gleichheitsgrundsatz, das Recht auf persönliche Freiheit, das Recht auf Bildung, das Wahlrecht oder das Recht auf Privatsphäre. In diesem Aufsatz wurde die Aufmerksamkeit auf Einschränkungen und Verletzungen der Rechte von Kindern im Bereich des Rechts auf Bildung gelenkt, d.h. des Rechts, das in den wichtigsten völkerrechtlichen Abkommen, sowie in der Verfassung der Republik Polen gewährleistet sind.

2. Inhalt des Rechts auf Bildung

Es ist darauf hinzuweisen, dass in völkerrechtlichen Abkommen, die sich mit Fragen des Menschenrechtsschutzes befassen, das Recht auf Bildung sehr allgemein erwähnt wird. So geht beispielsweise aus dem Protokoll Nr. 1 zur Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten hervor, dass niemandem das Recht auf Bildung vorenthalten werden darf. In der Charta der Grundrechte ist das Recht auf unentgeltlichen Pflichtunterricht formuliert. Nach der EMRK umfasst der Begriff „Recht auf Bildung“ drei Elemente, nämlich einen allgemeinen Grundsatz, der als negative Freiheit verstanden wird, die vom Staat bereitgestellten Bildungsmöglichkeiten zu nutzen, und zwei Auslegungsregeln: (1) die Freiheit des Staates, die Ziele, Formen und den Umfang der Bildung zu bestimmen und (2) die Achtung der Überzeugungen der Eltern hinsichtlich der Erziehung und Bildung ihrer Kinder¹. Eine Analyse anderer völkerrechtlichen Abkommen führt zu dem Schluss, dass das Recht des



Kindes auf eine unentgeltliche, obligatorische und für alle zugängliche Grundschulbildung auf internationaler Ebene geschützt ist². Dies bedeutet, dass die völkerrechtlichen Abkommen keinen Katalog zulässiger Beschränkungen formulieren, die sich ausschließlich auf das Recht auf Bildung beziehen.

Die Verfassung der Republik Polen enthält mehrere Bestimmungen, die sich auf die Rechte des Kindes beziehen, darunter, dass die Republik Polen den Schutz der Rechte des Kindes gewährleistet (Art. 72), und dass jeder das Recht auf Bildung hat, und dass die Bildung bis zum 18. Lebensjahr kostenlos ist (Art. 70). Die Verfassung der Republik Polen verweist auf internationale Standards, die das Recht auf Bildung formulieren. Aus dem Inhalt der polnischen Verfassung geht nämlich hervor, dass die Bildung in der Republik Polen a) universell ist ("Jeder hat das Recht auf Bildung"), b) obligatorisch ist ("Die Bildung bis zum 18. Lebensjahr ist obligatorisch"), c) in öffentlichen Schulen kostenlos ist, d) Eltern das Recht haben, eine Schule für ihre Kinder zu wählen, einschließlich der Wahl einer nicht öffentlichen Schule, 5) Bürger und Institutionen das Recht haben, Schulen zu gründen, die jedoch den gesetzlich festgelegten Aufsichtsregeln unterliegen.



"Der Inhalt des Rechts auf Bildung ist die Möglichkeit, in organisierten Formen, regelmäßig und kontinuierlich Wissen (Bildung) zu erwerben, das zunächst einen bestimmten Kanon an grundlegendem Allgemeinwissen abdeckt und dann den Erwerb von vertieftem Fachwissen ermöglicht und mit dem Erwerb von Zeugnissen endet, die auf nationaler Ebene einheitlich sind und die Möglichkeit bieten, die Ausbildung fortzusetzen oder einen bestimmten Beruf auszuüben"³. Dem polnischen Verfassungsgerichtshof zufolge "gehört das Recht auf Bildung zu den Grundrechten des Einzelnen in der modernen Gesellschaft. Dieses Recht muss sowohl im Hinblick auf das individuelle Wohlergehen und den individuellen Wert als auch als ein wichtiges grundlegendes soziales Gut gesehen werden. Die Verwirklichung des Rechts auf Bildung ist nicht ein besonderes Privileg des modernen Menschen, sondern eine unabdingbare Voraussetzung für die Entwicklung der Gesellschaft und zugleich für die volle Teilhabe des Einzelnen an der Gesellschaft. Universelle Bildung ist zum wichtigsten Motor der wirtschaftlichen und zivilisatorischen Entwicklung in der modernen Welt geworden"⁴. "Das moderne Verständnis des Rechts auf Bildung sollte jedoch nicht nur den Prozess der passiven Aneignung von Wissen bedeuten, sondern auch die aktive Teilnahme daran, die beispielsweise durch Fernunterricht (auch online) gefordert wird"⁵.

Der Inhalt des Rechts auf Bildung wurde durch die Rechtsprechung ergänzt. Das Recht auf Bildung muss nämlich in der Landessprache oder in einer der Landessprachen verwirklicht werden. Interessant erscheint dagegen die Frage des Lehrplans. Die polnische Verfassung schweigt ausdrücklich zu diesem Thema, insbesondere in der Bestimmung über das Recht auf Bildung. Es scheint jedoch, dass die möglichen Lehrpläne so gestaltet werden sollten, dass der Unterricht den Verfassungsgrundsätzen nicht schadet und vor allem nicht im Widerspruch zu den von der Verfassung geschaffenen Werten (Rechte

und Freiheiten) steht. In diesem Sinne hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte festgestellt, dass "es den Staaten obliegt, dafür zu sorgen, dass die in den Bildungsprogrammen enthaltenen Informationen oder Kenntnisse auf objektive, kritische und pluralistische Weise vermittelt werden. Der Staat darf kein Indoktrinationsziel verfolgen, das als Missachtung der religiösen und philosophischen Überzeugungen der Eltern angesehen werden könnte"⁶. Dies bedeutet, dass der Staat bei der Gestaltung der Lehrpläne nicht völlig frei ist.

3. "Pandemische" Einschränkungen des Rechts auf Bildung

Das Recht auf Bildung gehört zu den Freiheitsrechten und den davon abweichenden Rechten, was bedeutet, dass dieses Recht ausgesetzt und eingeschränkt werden kann, wenn eine Bedrohung für die Sicherheit des Staates und seiner Bürger besteht. Eine solche Einschränkung muss jedoch bestimmte Bedingungen erfüllen⁷.

Infolge der Pandemie wurden in Polen u. a. erhebliche Änderungen des Bildungsgesetzes vorgenommen⁸. So sieht der neue Artikel 30b des Bildungsgesetzes vor, dass in Fällen, die durch außergewöhnliche das Leben oder die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen bedrohenden, Umstände, gerechtfertigt sind, der für Bildung und Erziehung zuständige Minister durch eine Verordnung den Betrieb von Einheiten des Bildungssystems im ganzen Landesgebiet oder dessen Teilen vorübergehend einschränken oder aussetzen kann, wobei der Bedrohungsgrad in diesem bestimmten Gebiet zu berücksichtigen ist. Diese Bestimmung kann Zweifel an ihrer Verfassungsmäßigkeit aufkommen lassen, da sie die Befugnis zur Einschränkung von Freiheiten und Rechten vom Gesetzgeber auf den Minister überträgt. Diese Lösung scheint daher mit Artikel 31 Absatz 3 der polnischen Verfassung unvereinbar zu sein. Formal gesehen können

1. M. A. Nowicki, Europejska konwencja praw człowieka. Wybór orzecznictwa, Warszawa 1999, s. 515–516.

2. Vgl.: Art. 13 Abs. 2 Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte.

3. L. Garlicki, Art. 70, [w:] L. Garlicki (red.), Konstytucja Rzeczypospolitej Polskiej, Komentarz, Warszawa, s. 3.

4. Urteil des Verfassungsgerichtshofes vom 8.11.2000, SK 18/99.

5. S. Jarosz-Zukowska, Ł. Zukowski, Prawo do nauki i jego gwarancje, [w:] M. Jabłoński (red.), Realizacja i ochrona konstytucyjnych praw i wolności jednostki w polskim porządku prawnym, Wrocław 2014, s. 638.

6. Urteil EGMR vom 19. 10.2012 (Catan und andere gegen Moldawien und Russland), Nr. 43370/04.

7. P. Kuczma, Prawa człowieka w zarysie, Polkowice 2012, S. 28.

8. Ustawa z dnia 14 grudnia 2016 r. Prawo oświatowe (Dz. U. z 2021 r. poz. 1082, z 2022 r. poz. 655, 1079, 1116, 1383, 1700, 1730, 2089, z 2023 r. poz. 185).



Beschränkungen von Freiheiten und Rechten nur in einem Gesetz festgelegt werden. Darüber hinaus ergeben sich aus dieser Vorschrift nicht genau die Umstände, die die Einführung der Beschränkung rechtfertigen würden, und vor allem führt sie keine Voraussetzungen ein, die die Abstufung der Bedrohung bestimmen würden. Angesichts einer solchen allgemeinen gesetzlichen Regelung ist der Exekutive eine sehr weitgehende (zu weitgehende) Befugnis übertragen worden.

Ein weiteres Problem besteht darin, dass das Bildungsgesetz nicht klarstellt, worin die Befugnis des Ministers besteht, den Betrieb des Bildungssystems einzuschränken. Es gibt weder eine rechtliche Definition dieses Begriffs, noch eine Bestimmung, die dies klarstellt, noch eine zeitliche Bestimmung, die die Gültigkeit dieser Einschränkung in irgendeiner Weise zeitlich begrenzt. Dadurch wird das Recht auf Bildung beeinträchtigt, da das Recht auf Bildung während des Zeitraums der Einschränkung in keinerlei Form verwirklicht wird.



Gemäß Artikel 125a Absatz 1 des Bildungsgesetzes wird der Unterricht in einem Kindergarten, einer anderen vorschulischen Bildungseinrichtung, einer Schule oder einer Bildungseinrichtung für einen begrenzten Zeitraum ausgesetzt, wenn unter anderem eine epidemiologische Notlage in dem betreffenden Gebiet vorliegt (Abs. 3). Wird der Unterricht für ei-

nen Zeitraum von mehr als zwei Tagen ausgesetzt, so organisiert der Schulleiter den Unterricht für die Schüler mit Hilfe von Fernunterrichtsmethoden und -techniken. Dieser Unterricht ist spätestens ab dem dritten Tag des Unterrichtsausfalls zu organisieren. Dies bedeutet nicht, dass der Unterricht immer stattfindet und dass das Recht auf Bildung in einer anderen als der stationären Form verwirklicht wird. Das Gesetz bietet nämlich die Möglichkeit, das Recht des Kindes auf Bildung weiter einzuschränken oder ihm sogar zu entziehen. In Artikel 125a Absatz 5 des Bildungsgesetzes heißt es nämlich, dass in besonders begründeten Fällen der Leiter eines Kindergartens, einer Schule oder einer Bildungseinrichtung und - im Falle einer anderen Form der vorschulischen Erziehung, die von einer juristischen Person, die keine Einheit der Selbstverwaltung ist, oder einer natürlichen Person geführt wird - die für diese andere Form der vorschulischen Erziehung verantwortliche Person, mit Zustimmung der leitenden Behörde und nach Einholung einer positiven Stellungnahme der die pädagogische Aufsicht ausübenden Behörde, davon absehen kann, den Unterricht für Schüler mithilfe der Methoden und Techniken des Fernunterrichts zu organisieren. Das Gesetz legt nicht fest, wie lange ein solcher Zustand andauern kann und ob das Kind das Recht hat, diesen Unterricht zu einem anderen Zeitpunkt "nachzuholen".

Die Maßnahmen, die in die Grundrechte und -freiheiten, einschließlich des Rechts auf Bildung, eingreifen, sollten:

- zeitlich begrenzt sein (sie sollten nicht über das Ende der Krise hinaus andauern),
- vom Zweck her begrenzt sein (Rettung von Gesundheit und Menschenleben),
- in Bezug auf den Zeitpunkt der Rückkehr zur Normalität definiert werden (wie soll das Wissensdefizit des Kindes und die fehlende Umsetzung des Lehrplans nach Ende der Pandemie aufgeholt werden).



Diese Regelungen bringen den Schüler gegenüber dem Lehrer in eine deutlich schwächere Stellung ein. Der Lehrer erhält während der Epidemiezeit, unabhängig von der Aussetzung oder Einschränkung des Unterrichts, sein Gehalt, während der Schüler in dieser Zeit keine Bildungsleistungen erhält. Auch in einem späteren Zeitraum, wenn die Seuchengefahr gebannt ist (z. B. in den Winterferien oder in der Urlaubszeit), hat es keinen Anspruch darauf.

Ein Verstoß gegen den Gleichheitsgrundsatz im Rahmen des Rechts auf Bildung, war die Einschränkung des Betriebs von öffentlichen und nichtöffentlichen:

- 1) Grundschulen in Bezug auf die Klassen V-VIII; und
- 2) weiterführenden Schulen und andere Schultypen in dem Zeitraum vom 27. Januar 2022 bis zum 27. Februar 2022 auf dem gesamten Staatsgebiet aufgrund einer Verordnung.

Wenn aber die Seuchenlage eine Beschulung zulässt, sollten alle Schüler das Recht haben, diese zu besuchen. Sonst, hätte man beschließen müssen, dass auch die jüngsten Schüler zu Hause bleiben sollten. Die geltende Regelung diskriminierte jedoch eine Gruppe von Schülern und verletzte somit ihr Recht auf Bildung. Der Verfassungsgerichtshof wies darauf hin, dass "der Grundsatz der Gleichheit vor dem Gesetz (Rechtsgleichheit) darin besteht, dass alle Rechtssubjekte, die durch ein bestimmtes wesentliches (relevantes) Merkmal in gleichem Maße gekennzeichnet sind, gleichbehandelt werden müssen. Das heißt, nach gleichem Maßstab, ohne diskriminierende, wie auch begünstigende Differenzierungen". In diesem Fall war das relevante Merkmal der Schülerstatus. Die Einführung eines anderen Maßes für die Differenzierung der Situation von Kindern - Schülern stellte eine Diskriminierung dieser Schüler dar.

Auch die Einführung der Möglichkeit, weniger Unterrichtsstunden zu bieten⁹, stelle eine Einschränkung des Rechts auf Bildung dar. Gemäß § 5 der Verordnung des Bildungsministers dauert eine Unterrichtsstunde, die von einem Lehrer unter Verwendung

von Methoden und Techniken des Fernunterrichts erteilt wird, 45 Minuten. In begründeten Fällen kann der Schulleiter zulassen, dass der Unterricht in einer Zeitspanne von mindestens 30 und höchstens 60 Minuten erteilt wird. Auch hier hat das Pandemiegesetz die Einschränkungen also nicht genau geregelt, insbesondere wurden die Fälle, die eine Änderung der Unterrichtsdauer rechtfertigen, nicht einmal beispielhaft aufgeführt.

Die Pandemie, genauer gesagt die während der Pandemiezeit erlassenen Vorschriften, haben den Einfluss der Eltern auf die Erziehung ihrer Kinder und insbesondere den Kontakt zwischen Eltern und Lehrern noch stärker eingeschränkt. Bei der Organisation vom Unterricht unter Verwendung von Fernunterrichtsmethoden und -techniken für einen Zeitraum von mehr als 30 Tagen muss der Schulleiter Schülern und Eltern im Rahmen ihrer Bedürfnisse und der organisatorischen Möglichkeiten der Schule die Möglichkeit geben, den Lehrer, der den betreffenden Unterricht durchführt, zu konsultieren (§ 6 Abs.1). Dies bedeutet, dass die Organisation eines solchen Kontakts nicht obligatorisch ist, sondern von den organisatorischen Möglichkeiten der Schule abhängt und erst nach 30 Tagen des Fernunterrichts stattfindet. Während dieser Zeit hatten die Eltern keine Möglichkeit, sich über den Unterricht ihres Kindes zu informieren.



9. Rozporządzenie Ministra Edukacji Narodowej z dnia 2 września 2022 r. w sprawie organizowania i prowadzenia zajęć z wykorzystaniem metod i technik kształcenia na odległość (Dz. U. poz. 1903).



Paweł Kuczma

Ograniczenia praw dziecka w okresie pandemii na przykładzie prawa do nauki

1. Wprowadzenie

Wybuch pandemii covid-19 dokonał istotnego prze-wartościowania w zakresie praw człowieka. Wpro-wadzone nie tylko w Polsce, ale i innych państwach, ograniczenia, wskazują na tendencję odchodzenia od ochrony jednostki i przysługującej jej praw przy-znając priorytet prawom o kolektywnym charakterze, mającą za zadanie ochronę całej społeczności, całego narodu. Wobec powyższego zaobserwować można było wprowadzanie ograniczeń o kontrowersyjnych podstawach prawnych (na podstawie rozporządzeń a nie ustaw), a jeśli już ograniczenie było uchwalone w akcie prawnym o randze ustawy, to regulacja te była procedowana w sposób sprzeczny z zasadami prawidłowej legislacji. Problematyczne było też nie-wprowadzenie stanu nadzwyczajnego w sytuacji, gdy zaistniały ku temu przesłanki, jak również dokonywa-nie naruszeń w zakresie tak rudymenarnych praw jak zasada równości, prawa do wolności osobistej, prawa do nauki, prawa wyborcze czy prawo do prywatności. Przedmiotem niniejszego artykułu będzie zwróce-nie uwagi na ograniczenia i naruszenia praw dziecka w obszarze prawa do nauki, tj. prawa gwarantowane-go przez najważniejsze dokumenty międzynarodowe, jak i Konstytucję RP.



to, że akty międzynarodowe nie formułują katalogu dopuszczalnych ograniczeń odnoszących się wyłącznie do prawa do nauki.

Konstytucja RP zawiera kilka przepisów odnoszących się do prawa dziecka, m. in. że Rzeczpospolita Polska zapewnia ochronę praw dziecka (art. 72) oraz że każdy ma prawo do nauki, a nauka do 18 roku życia jest bezpłatna (art. 70). Konstytucja RP nawiązuje do międ-zynarodowych standardów formułujących prawo do nauki. Z treści ustawy zasadniczej wynika bowiem, że nauka w RP: a) ma charakter powszechny („Każdy ma prawo do nauki”, b) obowiązkowy („Nauka do 18 roku życia jest obowiązkowa”), c) w szkołach publicznych ma charakter bezpłatny, d) rodzice mają prawo do wyboru szkoły dla swoich dzieci, w tym wyboru także szkoły niepublicznej, 5) obywatele i instytucje mają prawo do zakładania szkół, które jednak podlegają regułom nadzoru określonym ustawowo.

„Treścią prawa do nauki jest możliwość zdobywania wiedzy (kształcenia), prowadzonego w zorganizowanych formach, w sposób regularny i ciągły, obejmującego najpierw pewien kanon podstawowych wiadomości ogólnych, a następnie umożliwiającego uzyskiwanie pogłębionej wiedzy specjalistycznej, kończonego uzyskaniem dokumentów, jednolicie w skali kraju dających szansę kontynuowania nauki bądź wykonywania określonego zawodu”³. Według Trybunału Konstytucyjnego „prawo do nauki należy do podstawowych praw jednostki we współczesnym społeczeństwie. Prawo to musi być postrzegane za-równo w kategoriach dobra i wartości indywidualnej, jak i ważnego, podstawowego dobra społecznego. Urzeczywistnienie prawa do nauki jest nie tyle jakimś

4. Schlussfolgerung

Die Schließung von Schulen während der Pandemie verschärfte die Bildungsunterschiede zwischen leistungsstarken Schülern und solchen, die es ohnehin benachteiligt waren. Nicht jeder Schüler hatte Zugang zu geeignetem Computer oder einem Internetanschluss, und nicht jeder Schüler konnte auf die Unterstützung der Eltern hoffen (z. B. im Falle jüngerer Klassen auf Hilfe bei der Installation geeigneter Software). Darüber hinaus erhielten viele Kinder keine kostenlose oder subventionierte Schulspeisen, und viele Schüler hatten nur begrenzten Zugang zur pädagogischen und psychologischen Unterstützung durch die Schule. Ich lasse hier die Frage des Unterrichtsausfalls in dieser Zeit, die Absenkung des

Bildungsniveaus und der Anforderungen, die mangelnde Fähigkeit der Lehrer, Geräte und Software zu nutzen - ein Problem, mit dem wahrscheinlich alle Eltern in dieser Zeit konfrontiert wurden, beiseite. Weltweit waren mehr als 1,5 Milliarden Schüler von den, durch die COVID-19-Pandemie verursachten Schließungen betroffen, wobei Berichte zeigen, dass die Pandemiebeschränkungen, die das Leben und die Gesundheit der Schüler schützen sollten, in Wirklichkeit negative Auswirkungen auf die psychische Gesundheit und das Wohlbefinden der Schüler hatten. Nicht weniger als 44 % von ihnen zeigten Symptome einer Depression¹⁰. Darüber hinaus hat sich gezeigt, dass der Unterricht bei geschlossenen Schulen ineffektiv und ineffizient ist.

Zusammenfassung:

Der Ausbruch der Covid-19-Pandemie hat zu einer erheblichen Neubewertung der Menschenrechte geführt. Ziel dieses Artikels ist es, die Einschränkungen und Verletzungen der Rechte von Kindern im Bereich des Rechts auf Bildung aufzuzeigen, d. h. des Rechts, das in den wichtigsten internationalen Abkommen, sowie in der polnischen Verfassung und während der Pandemiezeit durch die "Pandemiegesetzgebung" garantiert wird.

Schlüsselwörter: Menschenrechte, Recht auf Bildung, Pandemie, Einschränkungen der Freiheiten und Rechte, COVID-19.



Über den Autor: Paweł Kuczma, Professor an der Universität Zielona Góra, Rechtsanwalt, ORCID ID: 0000-0003-1443-4742, E-Mail: p.kuczma@wp.pl.

10. centrumprasowe.dsw.edu.pl/130156-destrukcyjny-wplyw-pandemii-na-nasza-psychike-psycholog-radzi, [abgerufen am: 7.12.2022].

1. M. A. Nowicki, Europejska konwencja praw człowieka. Wybór orzecznictwa, Warszawa 1999, s. 515–516.
2. Zob. art. 13 ust. 2 Międzynarodowego Paku Praw Gospodarczych, Społecznych i Kulturalnych.

3. L. Garlicki, Art. 70, [w:] L. Garlicki (red.), Konstytucja Rzeczypospolitej Polskiej. Komentarz, Warszawa, s. 3.



szczególnym przywilejem współczesnego człowieka, ale stanowi nieodzowny warunek rozwoju społeczeństwa i jednocześnie pełnego uczestnictwa jednostki w życiu społecznym. Powszechne kształcenie stało się najważniejszym motorem rozwoju gospodarczego i cywilizacyjnego we współczesnym świecie⁴. „Współczesne pojmowanie prawa do nauki powinno jednak oznaczać nie tylko proces biernego zdobywania wiedzy, ale także aktywny w nim udział, którego wymaga chociażby nauczanie na odległość (w tym on-line)”⁵.

Treść prawa do nauki została uzupełniona w orzecznictwie. Mianowicie, prawo do nauki powinno być realizowane w języku narodowym lub w jednym z języków narodowych. Ciekawie natomiast jawi się kwestia programu nauczania. Polska Konstytucja wprost na ten temat milczy, zwłaszcza w przepisie poświęconym prawo do nauki. Wydaje się jednak, że ewentualne programy kształcenia powinny być ułożone w taki sposób, aby nauczanie nie godziło w zasady ustrojowe, a przede wszystkim nie było sprzeczne z wartościami (prawami i wolnościami) kreowanymi przez Konstytucję. W tym duchu wypowiedział się Europejski Trybunał Praw Człowieka stwierdzając, że „na państwach spoczywa obowiązek, aby informacje lub wiedza zawarta w programach nauczania była przekazywana w sposób obiektywny, krytyczny i pluralistyczny. Państwo nie może dążyć do celu indoktrynacji, który mógłby być uznany za niespektujący przekonania religijnych i filozoficznych rodziców”⁶. Oznacza to, że państwo nie ma pełnej swobody w układaniu programów nauczania.

3. „Pandemiczne” ograniczenia prawa do nauki

Prawo do nauki należy do wolności i praw derogowanych, co oznacza, że prawo to może zostać zawieszono i ograniczone, gdy zaistnieje zagrożenie bezpieczeństwa państwa i jego obywateli. Takie ograniczenie musi jednak spełniać pewne warunki⁷.

Na skutek pandemii wprowadzona istotne zmiany m. in. do ustawy Prawo oświatowe⁸. I tak nowy art. 30b stanowi, że w przypadkach uzasadnionych nadzwyczajnymi okolicznościami zagrażającymi życiu lub zdrowiu dzieci i młodzieży minister właściwy do spraw oświaty i wychowania, w drodze **rozporządzenia**, może czasowo **ograniczyć** lub **czasowo zawiesić** funkcjonowanie jednostek systemu oświaty na obszarze kraju lub jego części, uwzględniając stopień zagrożenia na danym obszarze. Przepis ten może budzić wątpliwości co do jego konstytucyjności, gdyż deleguje z ustawodawcy na ministra uprawnienie do ustanawiania ograniczeń wolności i praw. Rozwiązanie to wydaje się być zatem niezgodne z art. 31 ust. 3 Konstytucji. W aspekcie formalnym bowiem ograniczenia wolności i praw mogą być ustanawiane tylko w ustawie. Poza tym przepis ten nie wskazuje precyzyjnie okoliczności, które uzasadniałyby wprowadzenie ograniczenia, a przede wszystkim nie wprowadza żadnych przesłanek, które określałyby stopniowość zagrożenia. Wobec tak ogólnej regulacji ustawowej na organ władzy wykonawczej zostało delegowane uprawnienie o bardzo szerokim (zbyt szerokim) charakterze.

Kolejny problem dotyczy tego, że w ustawie nie zostało przybliżone, na czym polega uprawnienie ministra do ograniczania funkcjonowania systemu oświaty i wychowania. Brak jest definicji legalnej tego pojęcia, nie ma też żadnego przepisu, który wyjaśnia to zagadnienie, ani też przepisu temporalnego wyznaczającego jakiś limit czasowy na obowiązywanie tego ograniczenia. Godzi to tym samym w prawo do nauki, gdyż w okresie trwania ograniczenia prawo do nauki nie jest realizowane w żadnej formie.

Na podstawie art. 125a ust. 1 zajęcia w przedszkolu, innej formie wychowania przedszkolnego, szkole lub placówce zawieszają się, na czas oznaczony, w razie wystąpienia na danym terenie m. in. zagrożenia związanego z sytuacją epidemiologiczną (pkt 3). W przypadku zawieszenia zajęć na okres powyżej dwóch dni dyrektor szkoły organizuje dla uczniów zajęcia z wykorzystaniem metod i technik kształcenia na odległość. Zajęcia te są organizowane nie później niż od trzeciego dnia zawieszenia zajęć. Nie oznacza to, że zajęcia będą się zawsze odbywać i że prawo do nauki będzie realizowane w innej niż stacjonarnej formie. Ustawa daje bowiem możliwość dalszego ograniczenia, czy wręcz **pozbawienia** dziecka prawa do nauki. Mianowicie w art. 125a ust. 5 wskazano, że **w szczególności uzasadnionych przypadkach dyrektor przedszkola, szkoły lub placówki, a w przypadku innej**



formy wychowania przedszkolnego prowadzonej przez osobę prawną niebędącą jednostką samorządu terytorialnego lub osobę fizyczną – osobą kierującą tą inną formą wychowania przedszkolnego, za zgodą organu prowadzącego i po uzyskaniu pozytywnej opinii organu sprawującego nadzór pedagogiczny, mogą odstąpić od organizowania dla uczniów zajęć z wykorzystaniem metod i technik kształcenia na odległość. Ustawa nie określa, jak długo taki stan rzeczy może trwać oraz czy dziecku przysługiwać będzie prawo do „odrabiania tych zajęć” w innym czasie.

Środki ingerujące w prawa i wolności podstawowe, w tym prawo do nauki, powinny być:

- ograniczone czasem (nie powinny trwać po ustaniu kryzysu),
- ograniczone celem (ratowanie zdrowia i życia ludzkiego),
- zdefiniowane co do momentu powrotu do normalności (jak uzupełnić deficyt wiedzy dziecka i brak realizacji programu nauczania po ustaniu pandemii).

Regulacje te stawiają w zdecydowanie słabszej pozycji ucznia wobec nauczyciela. Nauczyciel w okresie epidemii, bez względu na zawieszenie czy ograniczenie zajęć otrzymuje wynagrodzenie, natomiast uczeń nie otrzymuje w tym czasie żadnych świadczeń edukacyjnych. Nie może się też ich domagać nawet w okresie późniejszym, kiedy niebezpieczeństwo związane z epidemią zostanie zażegnane (np. w czasie przeznaczonym na ferie zimowe czy w okresie wakacyjnym).

Naruszeniem zasady równości w kontekście prawa do

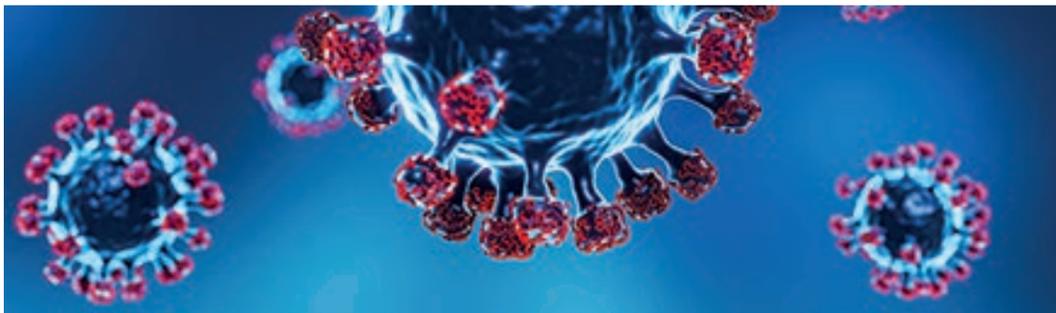
nauki było wprowadzenie rozporządzeniem od dnia 27 stycznia 2022 r. do dnia 27 lutego 2022 r. na obszarze kraju ograniczenia funkcjonowania publicznych i niepublicznych: 1) szkół podstawowych w zakresie klas V–VIII; 2) szkół ponadpodstawowych; i innych typów szkół. Jeśli bowiem sytuacja epidemiczna pozwalała na naukę w szkole, to prawo do niej powinni mieć wszyscy uczniowie. Jeśli nie, to należało zdecydować, aby w domach pozostali także najmłodszy uczniowie. Tymczasem obowiązujące rozporządzenie stanowiło dyskryminację części uczniów i naruszało ich prawo do nauki. Trybunał Konstytucyjny wskazał, że „zasada równości wobec prawa (równości w prawie) polega na tym, że wszystkie podmioty prawa charakteryzujące się daną cechą istotną (relewantną) w równym stopniu mają być traktowane równo. A więc według równej miary, bez różnicowań dyskryminujących, jak i faworyzujących”. W tym wypadku cechą relewantną było posiadanie statusu ucznia. Wprowadzanie innej miary różnicowania sytuacji dzieci-uczniów stanowiło ich dyskryminację.

Ograniczeniem prawa do nauki było też wprowadzenie możliwości odbywania zajęć lekcyjnych w mniejszym wymiarze czasowym. Zgodnie z § 5 rozporządzenia⁹ *Godzina zajęć prowadzonych przez nauczyciela z wykorzystaniem metod i technik kształcenia na odległość trwa 45 minut. W uzasadnionych przypadkach dyrektor może dopuścić prowadzenie zajęć edukacyjnych w czasie nie krótszym niż 30 minut i nie dłuższym niż 60 minut. Po raz kolejny zatem akt pandemiczny nie uregulował ograniczeń w sposób precyzyjny, w szczególności nie zostały wymienione nawet przykładowo przypadki uzasadniające ewentualne zmiany czasu trwania zajęć.*

4. Wyrok TK z dnia 8 listopada 2000 r., sygn. SK 18/99.
5. S. Jarosz-Zukowska, Ł. Żukowski, Prawo do nauki i jego gwarancje, [w:] M. Jabłoński (red.), Realizacja i ochrona konstytucyjnych praw i wolności jednostki w polskim porządku prawnym, Wrocław 2014, s. 638.

6. Wyrok ETPCz z dnia 19 października 2012 r. (Catan i in. przeciwko Moldawii i Rosji), skarga nr 43370/04.
7. P. Kuczma, Prawa człowieka w zarysie, Polkowice 2012, s. 28.
8. Ustawa z dnia 14 grudnia 2016 r. Prawo oświatowe (Dz. U. z 2021 r. poz. 1082, z 2022 r. poz. 655, 1079, 1116, 1383, 1700, 1730, 2089, z 2023 r. poz. 185).

9. Rozporządzenie Ministra Edukacji Narodowej z dnia 2 września 2022 r. w sprawie organizowania i prowadzenia zajęć z wykorzystaniem metod i technik kształcenia na odległość (Dz. U. poz. 1903).



Pandemia, dokładniej regulacje przyjmowane w okresie pandemicznym, ograniczyły jeszcze bardziej wpływ rodziców na edukację swoich dzieci, a dokładniej kontakt rodzica z nauczycielem. *W ramach organizowania zajęć z wykorzystaniem metod i technik kształcenia na odległość przez okres powyżej 30 dni dyrektor szkoły zapewnia uczniom i rodzicom, w miarę ich potrzeb i możliwości organizacyjnych szkoły, możliwość konsultacji z nauczycielem prowadzącym dane zajęcia edukacyjne* (§ 6 ust. 1). Oznacza to, że organizacja takiego kontaktu nie ma obligatoryjnego charakteru, a jest uzależniona od możliwości organizacyjnych szkoły i następuje dopiero po 30 dniach trwania zdalnego nauczania. W tym czasie rodzice są pozbawieni możliwości uzyskania informacji na temat edukacji swojego dziecka.

4. Zakończenie

Zamknięcie szkół pogłębiło dysproporcje edukacyjne pomiędzy uczniami osiągającymi dobre wyniki a tymi, którzy już wcześniej mieli z nią problemy. Nie każdy uczeń miał dostęp do odpowiedniego sprzętu,

łącza internetowego, nie każdy uczeń mógł liczyć na pomoc rodziców (np. w przypadku młodszych klas – pomocy w instalacji odpowiedniego oprogramowania). Ponadto wiele dzieci nie korzystało z darmowych bądź dofinansowanych szkolnych posiłków, wielu uczniów miało też ograniczony dostęp do opieki pedagogiczno-psychologicznej, którą zapewniała szkoła. Pomijam przy tym zagadnienie braku przeprowadzania zajęć dydaktycznych w tym okresie, ich odwoływania, obniżenia poziomu kształcenia i wymagań, braku umiejętności korzystania z nauczycieli ze sprzętu i oprogramowania, z którym to problemem zetknął się każdy chyba rodzic w tym okresie. Na całym świecie ponad 1,5 mld uczniów zostało dotkniętych skutkami lockdownów, wywołanych przez pandemię COVID-19. Z raportów wynika, że ograniczenia pandemiczne mające chronić życie i zdrowie uczniów w rzeczywistości wpłynęły negatywnie na zdrowie psychiczne i samopoczucie uczniów. Aż 44% z nich wykazywało objawy depresji¹⁰. Ponadto nauczanie w sytuacji, gdy szkoły są zamknięte, okazało się być nieskuteczne i nieefektywne.

Streszczenie:

Wybuch pandemii covid-19 dokonał istotnego przewartościowania w zakresie praw człowieka. Przedmiotem niniejszego artykułu jest zwrócenie uwagi na ograniczenia i naruszenia praw dziecka w obszarze prawa do nauki, tj. prawa gwarantowanego zarówno przez najważniejsze dokumenty prawa międzynarodowego, jak i Konstytucję RP, a w okresie pandemii przez „pandemiczne akty prawne”.

Słowa kluczowe: prawa człowieka, prawo do nauki, pandemia, ograniczenia wolności i praw, COVID-19.

Summary:

The outbreak of the covid-19 pandemic has made a significant re-evaluation in the field of human rights. The subject of this article will be to draw attention to the limitations and violations of children's rights in the area of the right to education, i.e. the right guaranteed by the most important international documents, as well as the Constitution of the Republic of Poland during the pandemic by „pandemic legal acts”.

Keywords: human rights, right to education, pandemic, restrictions on freedoms and rights, COVID-19.



O autorze: Paweł Kuczma, doktor habilitowany nauk prawnych, profesor Uniwersytetu Zielonogórskiego, radca prawny, ORCID ID: 0000-0003-1443-4742, e-mail: p.kuczma@wp.pl.

10. centrumprasowe.dsw.edu.pl/130156-destrukcyjny-wplyw-pandemii-na-nasza-psychike-psycholog-radzi, [dostęp: 7.12.2022r.].

✉ Kamila Balounová

Regelung pyrotechnischer Gegenstände im Rahmen der Europäisierung und ihre Mängel¹

Einleitung

Die Nutzung von pyrotechnischen Gegenständen zu Unterhaltungszwecken ist in vielen europäischen Ländern üblich, doch trotz der Freude, die sie bei festlichen Anlässen wie Neujahr oder nationalen Feiern hervorrufen, sind potenzielle Gesundheits- und Sicherheitsrisiken sowie Umwelt- und Klimaauswirkungen nicht zu vernachlässigen.

Obwohl die Europäische Union Richtlinien und Vorschriften zur Regulierung pyrotechnischer Gegenstände erlassen hat, sind diese Maßnahmen möglicherweise nicht ausreichend, um die Umweltauswirkungen dieser Unterhaltungsform angemessen zu berücksichtigen.

Der vorliegende Artikel „Regelung pyrotechnischer Gegenstände im Rahmen der Europäisierung und ihre Mängel“ widmet sich der Regulierung pyrotechnischer Gegenstände im Rahmen der Europäisierung, insbesondere im Hinblick auf Umwelt- und Klimaschutz, und beleuchtet dabei deren Mängel. Zusätzlich wird ein Vergleich der Vorschriften von vier ausgewählten Ländern (Tschechische Republik, Deutschland, Frankreich und Luxemburg) durchgeführt, um festzustellen, ob sie aus Umwelt- oder Klimaschutzgründen die Verwendung von Unterhaltungsfeuerwerken einschränken.

Negative Wirkungen von pyrotechnischen Gegenständen

Pyrotechnische Gegenstände haben viele den Menschen bekannte negative Wirkungen (Gefahr von schweren Verletzungen, Gehörschäden, Lärm, psychische Belastung von Tieren, Lichtverschmutzung, Abfall). Laut Studien sind mit dem Abfeuern von pyrotechnischen Gegenständen auch andere der Öffentlichkeit wenig bekannte Nebenwirkungen verbunden, d.h. Luftverschmutzung und Klimaschädigungen verursacht von Treibhausgasen, schädlichen Chemikalien und Staubpartikeln.



Pyrotechnische Gegenstände bestehen neben Schießpulver aus einer Vielzahl von Chemikalien, die hinzugefügt werden, um größere Funken oder verschiedene Lichteffekte zu erzeugen (z. B. Rot entsteht durch die Zugabe von Strontium und Lithium, Blau durch Kupfer). Diese Chemikalien werden beim Abbrennen in die Luft freigesetzt. Bei der Verbrennung von Schießpulver entstehen zusätzlich Gase (hauptsächlich Kohlendioxid, Stickstoff, Kohlenmonoxid, Schwefelwasserstoff und Methan), die dann in Schwefeldioxid (SO₂), Distickstoffoxid (NO), Stickstoffdioxid (NO₂) und Ozon (O₃) umgewandelt werden². Diese Gase, mit Ausnahme von Schwefeldioxid, gelten als Treibhausgase, wobei Methan, Distickstoffoxid und Ozon eine wesentlich stärkere Treibhauswirkung als Kohlendioxid haben (z. B. ist Methan als Treibhausgas etwa 20 Mal stärker als Kohlendioxid und Distickstoffoxid sogar Mal stärker)³.

Laut einer britischen Studie⁴ entstehen beim Abbrennen von 100 kg Feuerwerkskörpern etwa 16 kg Kohlendioxid. Während der Silvesternacht werden allein in der Hauptstadt Prag in einer Stunde bis zu 16 Tonnen Kohlendioxid (zusammen mit anderen wesentlich stärkeren Treibhausgasen) freigesetzt, was einer Fahrt von etwa 1.680 Autos über eine Entfernung von 100 km entspricht⁵.

1. Der Beitrag wurde mit Unterstützung der Juristischen Fakultät der Karls-Universität in Prag verfasst. Die in dem Artikel dargestellten Schlussfolgerungen wurden in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Klimarecht und Nachhaltigkeit des Instituts für Staat und Recht der Akademie der Wissenschaften der Tschechischen Republik unterstützt durch den Lumina quaterunur Preis gezogen.
2. FILIPEK, Wiktor, BRODA, Krzysztof. Experimental verification of the concept of the use of controlled pyrotechnic reaction as a source of energy as a part of the transport system from the seabed, *Scientific Journals of Maritime University of Szczecin* [online], 2017, Vol. 49 (121) [cit. 12.7.2023], pp. 77-83. <http://repository.scientific-journals.eu/handle/123456789/2383>.

3. Die Treibhausgase. [online]. Umweltbundesamt.de, 2023 [cit. 20.7.2023]. <https://www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/klimaschutz-energiepolitik-in-deutschland/treibhausgas-emissionen/die-treibhausgase>.
4. Antrag nach Informationen über den Kohlenstoff-Fußabdruck im Zusammenhang mit dem Londoner Silvesterfeuerwerk in den Jahren 2015-2017. <https://www.london.gov.uk/who-we-are/governance-and-spending/sharing-our-information/freedom-information/foi-disclosure-log/eir-new-years-eve-fireworks-carbon-footprint>.
5. Bei einem maximalen Kohlendioxidstoß pro km von 95 g CO₂/km.



Die bei der Verbrennung freigesetzten Staubpartikel verbleiben je nach Größe und Ausbreitungsbedingungen noch Tage oder Monate nach der Verbrennung in der Luft⁶. Sie sind gefährlich für die menschliche Gesundheit (insbesondere PM_{2,5})⁷ und können andere schädliche Chemikalien⁸ binden, nämlich für den Menschen giftige Metalle wie Aluminium (Al), Barium (Ba), Kupfer (Cu), Strontium (Sr), Antimon (Sb), Blei (Pb), Magnesium (Mg) und Kalium (K)⁹.

Darüber hinaus verschmutzt ein großer Teil dieser Chemikalien nicht nur die Luft, sondern auch das Wasser, was die Qualität von Oberflächen- und Grundwasser beeinträchtigen kann¹⁰. Kurz nach der Silvesternacht weisen die Oberflächengewässer einen viel höheren Gehalt an Mikroplastik als während des Jahres auf¹¹.

Zusammenfassend lässt sich also sagen, dass das Abfeuern von pyrotechnischen Gegenständen für Unterhaltungszwecke, abgesehen von kurzfristiger Unterhaltung, keinen zusätzlichen Wert hat und im Wesentlichen eine unnötige Quelle von Treibhausgasen (nicht nur CO₂) ist, die bereits die stark geprüfte Werte von Umwelt und Klima belastet.

EU-Regelung der pyrotechnischen Gegenstände

Pyrotechnische Gegenstände, einschließlich Feuerwerke, werden in der Europäischen Union mithilfe von zwei Richtlinien geregelt. Erste Richtlinie ist die Richtlinie 2013/29/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juni 2013 zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung pyrotechnischer Gegenstände auf dem Markt, die sogenannte **Pyrotechnik-Richtlinie**. Die zweite ist die **Durchführungsrichtlinie** 2014/58/EU der Kommission vom 16. April 2014 über die Errichtung eines Systems zur Rückverfolgbarkeit von pyrotechnischen Gegenständen gemäß der Richtlinie 2007/23/EG des Europäischen Parlaments und des Rates.

Die Europäische Union hat die Richtlinie erlassen, um die in den Mitgliedstaaten geltenden unterschiedli-

chen Rechtsvorschriften für das Inverkehrbringen von pyrotechnischen Gegenständen zu harmonisieren. Vor der Einführung der Richtlinien gab es in der EU kein einheitliches Regelwerk für die Herstellung, den Vertrieb und die Verwendung von pyrotechnischen Gegenständen. Dies führte zu einem hohen Risiko von Unfällen, Verletzungen und Schäden, insbesondere während der Feiertage und bei öffentlichen Veranstaltungen wie Silvesterfeiern. Die Pyrotechnik-Richtlinie hat dazu beigetragen, die Sicherheitsstandards für pyrotechnische Gegenstände in der EU zu harmonisieren und zu verbessern. Sie stellt sicher, dass pyrotechnische Gegenstände nur von autorisierten Personen hergestellt, gelagert und verkauft werden und dass sie in Übereinstimmung mit europäischen Normen entwickelt und geprüft werden. Zudem gibt sie klare Anforderungen an die Verwendung von pyrotechnischen Gegenständen vor, einschließlich der Genehmigung von öffentlichen Feuerwerken und Veranstaltungen. Die Mitgliedstaaten dürfen die Bereitstellung auf dem Markt der den Anforderungen der Pyrotechnik-Richtlinie genügenden pyrotechnischen Gegenstände nicht verbieten, beschränken oder behindern¹².



Die Richtlinie gilt für pyrotechnische Gegenstände, aber ihr Geltungsbereich ist im Artikel 2 der Pyrotechnik-Richtlinie begrenzt. Sie findet keine Anwendung auf z.B. pyrotechnische Gegenstände zur Verwendung in der Luft- und Raumfahrtindustrie, Munition oder pyrotechnische Gegenstände, die gemäß dem einzelstaatlichen Recht zur nicht kommerziellen Verwendung durch die Streitkräfte, die Polizei oder die Feuerwehr bestimmt sind.

Die Richtlinie definiert weiter im Artikel 3 den Begriff „pyrotechnische Gegenstände“: „jeder Gegenstand, der explosionsgefährliche Stoffe oder Stoffgemische enthält, mit denen aufgrund selbständiger, unter Freiwerden von Wärme ablaufender chemischer Reaktionen Wärme, Licht, Schall, Gas oder Rauch oder eine Kombination dieser Wirkungen erzeugt werden soll“.

Der Artikel 6 der Pyrotechnik-Richtlinie teilt die pyrotechnischen Gegenstände in drei Gruppen: erstens **Feuerwerkskörper**, die für Unterhaltungszwecke be-

stimmt sind, zweitens **pyrotechnische Gegenstände für Bühne und Theater**, die zur Verwendung auf Bühnen im Innen- und Außenbereich, einschließlich bei Film- und Fernsehproduktionen bestimmt sind, und drittens **sonstige pyrotechnische Gegenstände**, die für technische Zwecke bestimmt sind (z. B. Gasentwickler für Airbags oder Gurtstraffer). Pyrotechnische Erzeugnisse werden je nach Art, Verwendung und Zweck in verschiedene Kategorien eingeteilt (Kategorien F1, F2, F3 und F4 für Feuerwerkskörper¹³, Kategorien T1 und T2 für pyrotechnische Gegenstände für Bühne und Theater und Kategorien P1 und P2 für sonstige pyrotechnische Gegenstände) und auch näher definiert¹⁴.

In dem Artikel 7 stellt die Richtlinie Mindestalter für jede Kategorie von pyrotechnischen Gegenständen fest. Für die Feuerwerkskörper ist der Mindestalter auf 12 Jahre für die Kategorie F1, auf 15 Jahre für die Kategorie F2 und auf 18 Jahre für die Kategorie F3 festgesetzt.

Angesichts der Tatsache, dass die Richtlinie in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union umgesetzt wurde, sind Unterschiede in der Umsetzung der Richtlinie in verschiedenen Ländern zu finden, was auf dem Beispiel der Altersbeschränkung zu sehen ist. Die Tschechische Republik hat beschlossen, höhere Altersgrenzen für den Verkauf von pyrotechnischen Gegenständen festzulegen. Für die F1-Kategorie wählte sie 15 Jahre, für die F2-Kategorie 18 Jahre und für die F3-Kategorie 21 Jahre¹⁵.

In weiteren Rechtsvorschriften stellt die Richtlinie Anforderungen an Hersteller, Einführer und Händler von pyrotechnischen Gegenständen fest. Diese müssen ihre Produkte in Übereinstimmung mit Sicherheitsanforderungen entwickeln und prüfen (Art. 8), sie mit einer Registrierungsnummer kennzeichnen, um die Rückverfolgbarkeit zu erleichtern (Art. 9), sie stellen sicher, dass pyrotechnische Gegenstände eine sichtbare, lesbare und dauerhafte Kennzeichnung in der Amtssprache des gewissen Mitgliedstaats haben (Art. 10) usw.

Die nächsten Artikel beschäftigen sich mit der Konformität von pyrotechnischen Gegenständen, den verschiedenen Konformitätsbewertungsverfahren und mit der EU-Konformitätserklärung.

Die **Durchführungsrichtlinie** legt die Einzelheiten für die Umsetzung der Rückverfolgbarkeit von pyrotechnischen Gegenständen fest. Die Rückverfolgbarkeit von pyrotechnischen Gegenständen ermöglicht es, den Weg eines Gegenstandes vom Hersteller bis zum Endverbraucher nachzuvollziehen. Hierdurch kann sichergestellt werden, dass nur sichere und den gesetz-

lichen Anforderungen entsprechende Gegenstände in Verkehr gebracht werden.

Das System zur Rückverfolgbarkeit wird durch eine eindeutige Kennzeichnung jedes pyrotechnischen Gegenstandes sichergestellt. Die Kennzeichnung enthält Informationen über den Hersteller, den Vertrieb und die Verwendung des Gegenstandes. Die Informationen werden in einer zentralen Datenbank gespeichert, auf die Behörden und andere befugte Stellen Zugriff haben.



Richtlinien und Umweltschutz

Beide Richtlinien, sowohl die Pyrotechnik-Richtlinie, als auch die Durchführungsrichtlinie, wurden aus der Sicht des Umweltschutzkriteriums analysiert. In der Durchführungsrichtlinie werden an keiner Stelle Umwelt oder Umweltschutz erwähnt. In der Pyrotechnik-Richtlinie sind die Begriffe „Umwelt“ und „Umweltschutz“ an mehreren Stellen zu finden. Gleich im Artikel 1 ist der Gegenstand der Richtlinie festgestellt, nämlich, dass die Vorschriften „den freien Verkehr pyrotechnischer Gegenstände im Binnenmarkt sicherstellen und ein hohes Niveau an Schutz für die menschliche Gesundheit, die öffentliche Sicherheit und den Schutz und die Sicherheit der Verbraucher gewährleisten und die einschlägigen Aspekte im Zusammenhang mit dem Umweltschutz berücksichtigen sollen“. In dem Artikel 4 ermöglicht die Richtlinie einem Mitgliedstaat „aus berechtigten Gründen der öffentlichen Ordnung, der öffentlichen Sicherheit, der menschlichen Gesundheit oder Sicherheit oder des Umweltschutzes Maßnahmen zum Verbot oder zur Beschränkung des Besitzes, der Verwendung“ einiger Kategorien von pyrotechnischen Gegenständen zu ergreifen. Im Anhang ist der Begriff „Umwelt“ in den Sicherheitsanforderungen erwähnt. Feuerwerkskörper müssen aus Materialien hergestellt sein, die das Risiko von Verletzungen, Sachschäden und Umweltschäden durch zurückbleibende Rückstände und durch Reststücke bei unbeabsichtigter Zündung möglichst gering halten¹⁶. Pyrotechnische Gegenstände müssen so gestaltet sein, dass sie Gefahren für Gesundheit, Eigentum und Umwelt bei nor-

6. BRZEZINA, Jáchym. Ohňostroje a kvalita ovzduší na prelomu let 2022/23 [online]. Český hydrometeorologický ústav pobočky Brno, 2023 [cit. 20.7.2023]. <https://chmi-brno.org/blog/2023/01/02/ohnostroje-a-kvalita-ovzduši-na-prelomu-let-2022-23/>.

7. KELLER, Fritz, SCHRAGEN, Christian. Determination of Particulate Matter Emission Factors of Common Pyrotechnic Articles, Propellants, Explosives, Pyrotechnics [online]. 2021, Vol. 46 (5) [cit. 12.7.2023], pp. 685-847. <https://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1002/2021/46/5>.

8. Bei illegal importierter Pyrotechnik tauchen auch Stoffe auf, die nach europäischem Recht verboten sind, wie Thallium und Antimon.

9. CAMILLERI, Renato, VELLA, Alfred. Effect of fireworks on ambient air quality in Malta, Atmospheric Environment [online]. 2010, Vol. 44 (35) [cit. 12.7.2023], pp. 4521-4527.

Dostupné z: https://www.researchgate.net/publication/222324142_Effect_of_fireworks_on_ambient_air_quality_in_Malta.

10. CAO, Xinyuan, ZHANG, Xuelei, TONG, Daniel, CHEN, Weiwei, ZHANG, Shichun, ZHAO, Hongmei, XIU, Aijun. Review on physicochemical properties of pollutants released from fireworks: environmental and health effects and prevention, Environmental Reviews [online]. 2017, Vol. 26 (2) [cit. 12.7.2023], pp. 133-155. <https://cdsciencepub.com/doi/10.1139/er-2017-0063>.

11. DEVEREUX, Ria, WESTHEAD, Elizabeth, JAYARATNE, Ravindra, NEWPORT, Darryl. Microplastic abundance in the Thames River during the New Year period, Marine Pollution Bulletin [online]. 2022, Vol. 177 [cit. 12.7.2023], 113534. Dostupné z: <https://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0025326X22002168>.

12. Artikel 4 Abs. 1 der Pyrotechnik-Richtlinie.

13. Zu der Kategorie F1 zählen z. B. Knallerbsen, Partyknaller, Bodenwirbel oder Wunderkerze, zu der Kategorie F2 Raketen, Batterien oder Böller, zu der Kategorie F3 Schweizer Vulkan, Bukettraketten oder Fontänen und zu der Kategorie F4 Zylinder- und Kugelbomben oder große Raketen.

14. Die Definition der Kategorie F1 lautet: „Feuerwerkskörper, die eine sehr geringe Gefahr darstellen, einen vernachlässigbaren Lärmpegel besitzen und die in geschlossenen Bereichen verwendet werden sollen, einschließlich Feuerwerkskörpern, die zur Verwendung innerhalb von Wohngebäuden vorgesehen sind“, der Kategorie

F4: „Feuerwerkskörper, die eine große Gefahr darstellen, die zur Verwendung nur durch Personen mit Fachkenntnissen vorgesehen sind (so genannte „Feuerwerkskörper für den professionellen Gebrauch“) und deren Lärmpegel die menschliche Gesundheit nicht gefährdet“, der Kategorie T2: „pyrotechnische Gegenstände für die Verwendung auf Bühnen, die zur Verwendung nur durch Personen mit Fachkenntnissen vorgesehen sind“.

15. § 5 Abs. 1 zákon č. 206/2015 Sb., o pyrotechnických výrobcích a zacházení s nimi a o změně některých zákonů.

16. Anhang 1, Punkt A. 2.



malen Verwendung möglichst gering halten¹⁷. Jeder pyrotechnische Gegenstand sollte so gestaltet und hergestellt werden, dass er auf sichere und umweltverträgliche Weise mit einem geeigneten Verfahren entsorgt werden kann, das die geringsten Auswirkungen auf die Umwelt hat¹⁸.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich die derzeitige Gesetzgebung auf die Festlegung von Regeln zum Schutz des Binnenmarktes, die Regeln für die Herstellung und den Vertrieb von pyrotechnischen Gegenständen und den Verbraucherschutz beschränkt, obwohl im ersten Artikel, der den Gegenstand der Richtlinie definiert, festgestellt wurde, dass die Pyrotechnik-Richtlinie Vorschriften festlegen wird, die „die einschlägigen Aspekte im Zusammenhang mit dem Umweltschutz berücksichtigen sollen“. Die europäische Gesetzgebung geht nicht umfassender auf den Umwelt- oder Klimaschutz ein. Sie besagt lediglich allgemein, dass zu den grundlegenden Anforderungen für pyrotechnische Gegenstände die Verpflichtung gehört, Produkte nur aus Materialien herzustellen, die das Risiko von Umweltschäden durch zurückbleibende Rückstände möglichst gering halten, so dass diese durch ein geeignetes Verfahren mit geringsten Auswirkungen auf die Umwelt sicher entsorgt werden können. Das Ziel der Richtlinien ist es, die Rechtsvorschriften in allen Mitgliedstaaten zu harmonisieren, um einen freien Verkehr pyrotechnischer Gegenstände auf dem Markt zu erreichen. Die Richtlinien streben nicht danach, Umwelt oder Klima zu schützen und die negativen Auswirkungen von pyrotechnischen Gegenständen zu mildern. Dies liegt in den Händen der Mitgliedstaaten.

Gesetzgebung von pyrotechnischen Gegenständen in gewählten EU-Ländern

Angesichts der eher lauen Haltung der EU zum Umwelt- und Klimaschutz bei der Regulierung von pyrotechnischen Gegenständen wurden vier europäische Länder (Tschechische Republik, Deutschland,

Frankreich und Luxemburg) verglichen, ob eines von ihnen bei der Umsetzung der Pyrotechnik-Richtlinie strengere Vorschriften für die Verwendung von pyrotechnischen Gegenständen erlassen hat und damit ein höheres Umwelt- und Klimaschutzniveau gewährleistet. Die Umweltbedingungen in der Tschechischen Republik gehören laut Prosperity Index¹⁹ zu den schlechtesten in der EU, wobei die tschechische Industrie die neunthöchsten Pro-Kopf-Emissionen in die Atmosphäre in der EU ausstößt, womit die Tschechische Republik auf Platz 22 von den EU-Ländern liegt²⁰. Deutschland strebt seit langem danach, als Vorbild²¹ im Bereich der Ökologie und der Nutzung erneuerbarer Energien zu dienen und hat sich das Ziel gesetzt, bis 2045 klimaneutral zu sein²². Frankreich kann als ein fortschrittliches Land im Bereich der Umweltgesetzgebung angesehen werden (es war eines der ersten EU-Länder, das den Umgang mit Mikroplastik geregelt hat). Luxemburg ist das einzige Land, das eine einheitliche Stellung zur Regulierung von Feuerwerkskörpern verfolgt und Leitlinien für eine strengere Regulierung bereitstellt.

In allen vier verglichenen Ländern wurde auf staatlicher Ebene die europäische Gesetzgebung, die Pyrotechnik-Richtlinie und die Durchführungsrichtlinie umgesetzt. Es ist überwiegend den Selbstverwaltungseinheiten überlassen, egal ob es sich um Departements in Frankreich, Bundesländer in Deutschland oder Gemeinden in allen vier verglichenen Ländern handelt, die verschiedenen Einschränkungen zu regeln und festzulegen.

Tschechische Republik

Die Verwendung von Feuerwerkskörpern in der Tschechischen Republik wird durch das Gesetz Nr. 206/2015 Slg. über pyrotechnische Erzeugnisse und deren Handhabung geregelt, das europäische Richtlinien umsetzt. Komplexere Regelungen werden den Selbstverwaltungseinheiten, genauer gesagt den Gemeinden, überlassen. Um die öffentliche Ordnung auf lokaler Ebene zu gewährleisten, kann der Gemeinderat eine allgemein verbindliche Verordnung erlassen, die die Verwendung von Feuerwerkskörpern auf dem Gemeindegebiet einschränkt, indem festgelegt wird, an welchen Orten und zu welchen Zeiten die Tätigkeit ausgeübt werden darf, oder indem festgelegt wird, auf welchen öffentlichen Flächen in der Gemeinde die Tätigkeit verboten ist.

Die Gemeinden erlauben in der Regel das Abfeuern von Feuerwerkskörpern und anderen pyrotechnischen Gegenständen in der Silvesternacht (31. Dezember bis 1. Januar) oder bei anderen Feierlichkeiten

(z. B. 1. und 8. Mai, 28. Oktober oder 17. November) ohne Einschränkungen. Die Verwendung von Feuerwerkskörpern außerhalb der Silvesternacht ist sehr unterschiedlich geregelt: in einigen Städten ist die Verwendung von Feuerwerkskörpern ganz verboten, in anderen ist sie unter bestimmten Bedingungen erlaubt, und in wieder anderen wird das Thema überhaupt nicht behandelt.

Deutschland

Die Regelung der Verwendung von Feuerwerkskörpern in Deutschland ist, wie in der Tschechischen Republik, sehr zersplittert, da die Rechtsvorschriften nicht nur auf Bundesebene, sondern auch auf der Ebene der Länder und der Gemeinden zu finden sind. Die grundlegenden Rechtsvorschriften auf Bundesebene in diesem Zusammenhang sind das *Gesetz über explosionsgefährliche Stoffe (Sprengstoffgesetz, weiter als „SprengG“)*, das die Pyrotechnik-Richtlinie implementiert, und die Erste Verordnung zum Sprengstoffgesetz (weiter als „1. SprengV“).

Die deutschen Rechtsvorschriften auf der Bundesebene beschränken den Verkauf und das Abbrennen der Pyrotechnik auf wenige Tage im Jahr. Pyrotechnische Gegenstände der Kategorie F2 dürfen dem Verbraucher nur in der Zeit vom 29. bis 31. Dezember verkauft werden²³. Das Abbrennen pyrotechnischer Gegenstände ist in unmittelbarer Nähe von einigen Gebäuden, wie Kirchen, Krankenhäusern, Kinder- und Altersheimen verboten²⁴. Ohne Erlaubnis dürfen sie nur am 31. Dezember und 1. Januar von Personen abgebrannt werden, die das 18. Lebensjahr vollendet haben²⁵. Außerhalb dieser Zeit dürfen Verbraucher pyrotechnische Gegenstände nur mit einer von der zuständigen Behörde erteilten Ausnahmegenehmigung kaufen und abbrennen²⁶.

Die einzelnen Bundesländer können eigene Rechtsvorschriften erlassen. Das Bundesland Brandenburg hat diese Befugnis genutzt und mithilfe des Landesimmissionsschutzgesetzes noch strengere Regeln für das Abfeuern von Feuerwerkskörpern festgelegt. Die Feuerwerkskörper der Kategorie F3 und F4 dürfen nur mit der Erlaubnis der örtlichen Ordnungsbehörde abgebrannt werden²⁷. „Ein Feuerwerk darf höchstens 30 Minuten dauern und muß um 22 Uhr, in den Monaten Juni und Juli um 22.30 Uhr beendet sein“²⁸. Das Bundesland Hamburg hat ähnliche Regelungen bezüglich der Abbrennzeit und Länge von Feuerwerkskörpern²⁹. Ein Antrag auf Befreiung von dem allgemeinen Verbot der Verwendung von Feuerwerkskörpern nach § 24 Abs. 1 SprengG ist gebührenpflichtig, was jedes Bundesland in seinem Kostenverzeichnis festlegt.



Zum Beispiel im Bundesland Sachsen liegen die Verwaltungsgebühren für die Bearbeitung der Anträge für die Ausnahmegenehmigungen je nach Verwaltungsaufwand zwischen 30 und 350 Euro³⁰. Die Verwaltungsgebühren sind dazu bestimmt, die Kosten der Verwaltung ganz oder teilweise zu decken. Es handelt sich nicht um ein Finanzmittel, das zur Finanzierung von Umweltschutzmaßnahmen weiterverwendet sein soll, und dessen Ziel ist nicht der Umwelt- oder Klimaschutz.

Frankreich

Die Verwendung von pyrotechnischen Gegenständen wird in Frankreich auf drei Ebenen geregelt: auf staatlicher Ebene, in den Departements und in den Gemeinden. Auf nationaler Ebene setzt die Gesetzgebung die Richtlinien der Europäischen Union um³¹.

Auf der Ebene der Departements, von denen es in Frankreich 101 gibt, kann eine Verordnung, sog. „*arrêté préfectorale*“, erlassen werden³². Die Verordnungen regeln die Verwendung, den Erwerb und/oder den Verkauf von Feuerwerkskörpern und können für alle oder einige Gemeinden in den Departements gelten. Der Hauptunterschied zu den auf der Staatsebene erlassenen Vorschriften besteht in der zeitlichen Begrenzung. In der Verordnung muss ein bestimmter Zeitraum angegeben werden, für den sie gültig ist. Die Departements erlassen Verordnungen, die nicht nur den Verkauf und die Verwendung, sondern auch den Transport von Feuerwerkskörpern regeln, und dies meist in der Zeit von großen nationalen Ereignissen (z. B. Feiertage, Neujahrsfeiern, große Sportveranstaltungen).

17. Anhang 1, Punkt B. 1. und 3.

18. Anhang 1, Punkt 2.

19. Der Prosperity and Financial Health Index ist eine gemeinsame Untersuchung der tschechischen Bank Česká spořitelna, des Datenportals Europe in Data und des Instituts für Soziologie der Akademie der Wissenschaften der Tschechischen Republik. Der Index misst und analysiert den Wohlstand der Tschechischen Republik auf langer Sicht und vergleicht ihn mit anderen europäischen Ländern. (Index prosperity. O projektu. [online]. Indexprosperity.cz, 2022 [cit. 16.7.2023], <https://www.indexprosperity.cz/o-projektu/>).

20. Index prosperity. Stav životního prostředí. [online]. Indexprosperity.cz, 2022 [cit. 16.7.2023], <https://www.indexprosperity.cz/o-projektu/>).

21. Vorreiter in der Klimapolitik. [online]. Tatsachen über Deutschland, 2023 [cit. 16.7.2023], <https://www.tatsachen-ueber-deutschland.de/de/deutschland-auf-einen-blick/vorreiter-der-klimapolitik/>.

22. § 3 Abs. 2 des Klimaschutzgesetzes.

23. § 22 Abs. 1 SprengG.

24. § 23 Abs. 1 SprengG.

25. § 23 Abs. 1 SprengG.

26. § 24 Abs. 1 SprengG.

27. § 12 Abs. 1 des Landesimmissionsschutzgesetzes.

28. § 12 Abs. 2 Satz 1 des Landesimmissionsschutzgesetzes.

29. § 12 Abs. 2 Landes-Immissionsschutzgesetz.

30. Anlage 1, Nr. 84 Tarifstelle 1.23 des Zehnten Sächsischen Kostenverzeichnisses.

31. Genauer geht es um Décret n° 2010-455 du 4 mai 2010 relatif à la mise sur le marché et au contrôle des produits explosifs und Décret n° 2010-580 du 31 mai 2010 relatif à l'acquisition, la détention et l'utilisation des artifices de divertissement et des articles pyrotechniques destinés au théâtre.

32. Art. L 2215-1 du Code général des collectivités territoriales.



Auf kommunaler Ebene sind die Gemeindebürgermeister befugt, eine kommunale Verordnung, sog. „*arrêté municipal*“³³, zu erlassen, mit der sie die Verwendung von Feuerwerkskörpern innerhalb der Gemeinde vorübergehend einschränken oder verbieten und damit das Abschließen von Pyrotechnik auch auf Privatgrundstücken ausschließen können³⁴. Auch hier handelt es sich jedoch nur um eine zeitlich begrenzte Lösung.

Die Departements und die Gemeinden verbieten die Verwendung von pyrotechnischen Gegenständen während großer Feier, um zu verhindern, dass die Menschen wahllos Feuerwerkskörper abschießen. Stattdessen gibt es ein großes durch die Stadt organisiertes Feuerwerk, zum Beispiel das Feuerwerk in der Nähe des Eiffelturms anlässlich des Jahrestags des Sturms auf die Bastille (14. Juli). Daraus kann man den Schluss ziehen, dass die Einschränkung der pyrotechnischen Gegenstände nicht durch den Schutz der Umwelt motiviert ist, sondern durch den Schutz der menschlichen Gesundheit und die Sauberkeit des öffentlichen Raums.

Luxemburg

Im Herzogtum Luxemburg wird die Verwendung pyrotechnischer Gegenstände nicht nur auf staatlicher, sondern auch auf kommunaler Ebene (sog. „*commune*“) geregelt. Auf staatlicher Ebene handelt es sich wiederum um eine Umsetzung der europäischen Gesetzgebung³⁵, während die detailliertere Regelung den Gemeinden überlassen bleibt, die ihre Verwendung in „*règlements de police communale*“ regeln.

Luxemburg weist im Vergleich zu den anderen vier Ländern die strengsten Vorschriften auf lokaler Ebene auf. Die Mehrheit der Gemeinden untersagt jegliche

Nutzung von pyrotechnischen Gegenständen, selbst während des Silvesterfestes. Tatsächlich verbieten 79 von 102 Gemeinden das Abbrennen von Feuerwerkskörpern das gesamte Jahr über, einschließlich der Silvesternacht³⁶. Diese strikteren Vorschriften basieren auf Sicherheit und Verringerung des Tierleidens sowie Verschmutzung des öffentlichen Raums und Schutz der öffentlichen Gesundheit.

Neben den bereits genannten Gründen spielen auch ökologische Aspekte eine Rolle, wenngleich die Verordnungen keine weiteren Einzelheiten dazu liefern. Luxemburg ist das einzige Land, das ökologische Beweggründe explizit als Grund für das Verbot von Pyrotechnik angibt. Es lässt sich jedoch nicht behaupten, dass das Verbot des Feuerwerks in erster Linie aus einem vorrangigen Ziel des Umwelt- oder Klimaschutzes resultiert.

Schlussfolgerungen

Zum Schluss kann festgestellt werden, dass sich die EU auf die Festlegung von Vorschriften zum Schutz des Binnenmarktes, für die Herstellung und den Vertrieb von pyrotechnischen Gegenständen und den Verbraucherschutz beschränkt hat, hat aber die mit der Verbrennung der Pyrotechnik negativen Umwelt- und Klimaauswirkungen beiseitegelassen.

Nach dem Vergleich der Gesetzgebungen der oben genannten Länder kann zusammenfassend festgestellt werden, dass die Vorschriften der einzelnen Länder einen unterschiedlichen Ansatz für die Regelung von pyrotechnischen Gegenständen verfolgen und die Hauptzuständigkeit den Selbstverwaltungseinheiten überlassen wird. In der Tschechischen Republik, Deutschland und Frankreich sind die Vorschriften

zersplittert und unterschiedlich für den Verbraucher „günstig“ (in Deutschland ist der Kauf und die Zündung auf wenige Tage im Jahr beschränkt, während in Frankreich hauptsächlich ein generelles Verbot auf Departementsebene angenommen wird). Luxemburg ist das einzige Land, in dem die Vorschriften relativ einheitlich und sehr streng sind.

Die unterschiedlich strenge Regulierung von Feuerwerkskörpern hängt auch indirekt mit der Mentalität und den Einstellungen der Bevölkerung zusammen. Luxemburg ist ein Land, in dem die Bevölkerung pyrotechnische Vergnügungen nicht befürwortet, weil sie sich ihrer negativen Auswirkungen bewusst ist, und daher ist es möglich, strenge Vorschriften zu erlassen, ohne dass der Gesetzgeber auf Ablehnung stößt. Ganz im Gegensatz dazu steht Deutschland, das dafür bekannt ist, dass die Deutschen sehr gerne „alles, was explodiert“ abbrennen und das Land

ein der größten Importeure der Pyrotechnik ist. Im Jahr 2018 ging mehr als ein Drittel aller importierten pyrotechnischen Gegenständen nach Deutschland³⁷. Daher ist es schwer vorstellbar, dass der deutsche Gesetzgeber einem vollständigen Verbot von Feuerwerkskörpern zutreten würde.

Wenn der Gesetzgeber keine restriktiven Rechtsvorschriften erlassen will, die die Verwendung von Feuerwerkskörpern ausdrücklich verbieten, könnte er im Interesse der Verringerung des Verbrauchs von Pyrotechnik zumindest Maßnahmen ergreifen, die die Verbraucher vom Kauf und Zünden von Feuerwerkskörpern abhalten würden, zum Beispiel in Form einer Gebühr (wie in Deutschland), die aber nicht zur Deckung der Verwaltungskosten bestimmt wäre, sondern für den späteren Umwelt- und Klimaschutz verwendet würde, um dem Verursacherprinzip gerecht zu werden.

Zusammenfassung:

Der Artikel „Regelung pyrotechnischer Gegenstände im Rahmen der Europäisierung und ihre Mängel“ betrachtet die Verwendung von Feuerwerkskörpern zur Unterhaltung in der Europäischen Union. Der Schwerpunkt des Artikels liegt auf der Analyse der Regelungen von pyrotechnischen Gegenständen in der EU und deren Defiziten, insbesondere im Hinblick auf Umwelt- und Klimaschutz. Zudem wird ein Vergleich der Vorschriften von vier ausgewählten Ländern (Tschechische Republik, Deutschland, Frankreich und Luxemburg) durchgeführt, um festzustellen, ob sie aus Umwelt- oder Klimaschutzgründen Einschränkungen bei der Verwendung von Unterhaltungsfeuerwerken einführen.

Schlüsselwörter: pyrotechnische Gegenstände, EU-Regelung, Umwelt- und Klimaschutz.

Summary:

The article „Regulation of pyrotechnic articles in the context of Europeanisation and its shortcomings“ looks at the use of fireworks for entertainment in the European Union. The focus of the article is on the analysis of the regulations of pyrotechnic articles in the EU and their shortcomings, especially with regard to environmental and climate protection. In addition, a comparison of the regulations of four selected countries (Czech Republic, Germany, France and Luxembourg) is carried out to determine whether they introduce restrictions on the use of amusement fireworks for environmental or climate protection reasons.

Keywords: pyrotechnic articles, EU regulation, environmental and climate protection.

Über die Autorin: Mgr. et Mgr. Kamila Balounová, Doktorandin an der Juristischen Fakultät der Karls-Universität in Prag; E-Mail: balounka@prf.cuni.cz.



Über die Autorin: Mgr. et Mgr. Kamila Balounová, Doktorandin an der Juristischen Fakultät der Karls-Universität in Prag; E-Mail: balounka@prf.cuni.cz.

33. Art. L. 2215-1, L. 2122-24, L. 2212-1, L. 2212-2 du Code général des collectivités territoriales.

34. Z.B. arrêté N° 2021-11 du 08/07/2021 portant interdiction de tirs de feux d'artifices de divertissement en tous lieux publics et privés de la commune Unias oder arrêté N° 2022AR160 portant interdiction de la détention et l'utilisation des petards et feux d'artifices par des particuliers de la commune Reyrieux.

35. Genauer geht es um Loi du 27 mai 2016 concernant la mise à disposition sur le marché d'articles pyrotechniques a Loi du 27 mai 2016 portant création d'un système de traçabilité des articles pyrotechniques.

36. Diejenigen Gemeinden, die das Abbrennen von Feuerwerkskörpern am Neujahrstag nicht verbieten, begrenzen in der Regel die Dauer (in der Gemeinde Gösdorf z. B. dürfen Feuerwerkskörper von 23:30 Uhr am 31. Dezember bis 00:30 Uhr am 1. Januar abgebrannt werden, Art. 10 Règlement général de police de la commune Goesdorf).

37. Firework statistics on New Year's Eve [online]. EU: europa.eu, 2018 [cit.23.3.2023], <https://ec.europa.eu/eurostat/web/products-eurostat-news/-/edn-20181231-1>.

✉ Marta Bakun

Ist Migrationsrecht für die Herausforderungen der modernen Welt gerüstet?

Aktueller Rechtsstand und Änderungsbedarf



Einführung

Historisch gesehen ist Migration ein natürlicher Teil des menschlichen Lebens¹. Von der EU werden Versuche unternommen, das Migrationsrecht auf der Ebene des Europarechts zu regeln. Die Grundlagen für die Migrationspolitik der Europäischen Union wurden bereits in den Römischen Verträgen von 1958 gelegt, in denen beschlossen wurde², dass Bürger eines Mitgliedstaats eine Beschäftigung in anderen Mitgliedstaaten aufnehmen können. Viele Regierungen betrachten Migration mittlerweile als eine hohe politische Priorität³.

Um den Migrationsprozess und seine ordnungsgemäße Regulierung zu verstehen, ist es nicht nur notwendig, die Geschichte der Migration zu analysieren, sondern auch auf die Komplexität des Problems der von den Mitgliedstaaten verfolgten Migrationspolitik hinzuweisen, da diese für viele Länder eine Lösung für ungünstige demografische Entwicklungen und ihre eigenen Bedürfnisse auf dem Arbeitsmarkt darstellt⁴. Es muss auch auf die Komplexität des Problems der Migrationspolitik der Mitgliedstaaten hingewiesen werden, da diese für viele Länder eine Lösung für schwierige demografische Entwicklungen und ihre eigenen Bedürfnisse auf dem Arbeitsmarkt darstellt⁵.

Unter Berücksichtigung des Zeitkriteriums empfiehlt die UN, zwischen kurzfristigen und langfristigen Migrationen zu unterscheiden⁶. In den aktuellen *Recommendations on Statistics of International Migration* wird ein „internationaler Migrant“ als eine Person definiert, die ihr Land des üblichen Aufenthaltsortes verlässt. Dabei wird zwischen „temporären Migranten“ (Men-

schen, die ihr Aufenthaltsland für mindestens drei Monate, aber weniger als ein Jahr wechseln) und „langfristigen Migranten“ (Menschen, die ihr Aufenthaltsland für mindestens ein Jahr wechseln) unterschieden.

Wie Frederik von Harbou und Jekaterina Markow betonen: „Im Fall des Migrationsrechts bewirkt der mangelnde interdisziplinäre Austausch, dass sich eine folgenschwere Kluft bildet zwischen rechtsimmanenten, aus der Interpretationen geltender Rechtsnormen gewonnenen Erkenntnissen einerseits und abstrakten, nur unzureichend auf Rechtslage und -wirklichkeit bezogenen normativen Überlegungen andererseits. Während Juristinnen und Juristen in ihrer Arbeit an konkreten Vorschriften, die sie z.B. an übergeordneten Rechtsnormen messen, kaum je eine theoretisch fundierte Außenperspektive einnehmen und sich dadurch nicht selten in Detailfragen verlieren, werden Forderungen der Migrationsethik mangels Bezuges zur Rechtsrealität meist lediglich innerhalb einer kleinen Fachöffentlichkeit diskutiert und bleiben in der breiteren Öffentlichkeit ungehört – und entsprechend folgenlos“⁷. Diese Ansicht bestätigt die These, die später diskutiert wird – Migrationsrecht ist ein viel weiter gefasster Begriff als nur spezifische Rechtsnormen, die für das Aufnahmeland gelten. Dabei handelt es sich um eine spezifische Reihe von Normen und Verhaltensregeln sowie um das Zusammenleben von Bürgern des Aufnahmelandes und Einwanderern sowie anderen in einem bestimmten Land lebenden Menschen in politischer, sozialer und rechtlicher Hinsicht. Es ist jedoch zu beachten, dass die aktuelle Form der Migration hauptsächlich von Einzelpersonen beeinflusst wird, die von Nicht-

regierungsorganisationen, transnationalen sozialen Bewegungen und Auswanderergemeinschaften (Diasporen) außerhalb des Landes unterstützt werden, weshalb das alte Auswanderungsmodell durch temporäre Migrationen ersetzt wird⁸.

Es entsteht auch die Frage, ob das Migrationsrecht die territoriale und soziale Einheit von Staaten gewährleistet und Migration in Übereinstimmung mit nationalen Interessen steuern soll⁹.

Das Ziel dieses Artikels ist die Analyse der von der polnischen Regierung angenommenen Lösungen und Richtlinien, ob Länder (wie Polen) für die Herausforderungen der modernen Migration bereit sind und wie das Recht daran angepasst wurde.

Definitionen von Migration

Die ursprüngliche Definition von 'Migration' gemäß dem IOM Dictionary of Migration (Glossar zur Migration) bezeichnet die Bewegung von Menschen innerhalb der Grenzen eines bestimmten Landes oder die Bewegung beim Überqueren einer zwischenstaatlichen Grenze. Migrationen sind Bevölkerungsbewegungen, einschließlich aller Arten von Personenströmen, unabhängig von ihrer Dauer, ihrem Verlauf und ihren Ursachen¹⁰.

Der normative Ansatz zur Migration lässt sich vor allem aus zwei unterschiedlichen, aber komplementären Blickwinkeln betrachten:

- 1) Die Grundsätze und Standards, die sich aus der staatlichen Souveränität ergeben.
- 2) Die Menschenrechte der an der Migration beteiligten Personen.

Auf universeller und regionaler Ebene gibt es viele relevante völkerrechtliche Übereinkommen. Obwohl sich die meisten von ihnen nicht ausdrücklich auf Migranten beziehen oder sie nicht als spezifische Gruppe anerkennen, gelten sie für alle Personen, die der Gerichtsbarkeit des Staates unterliegen, einschließlich Nichtstaatsangehörige. Diese Instrumente erstrecken sich über verschiedene Rechtsgebiete, wie etwa das Menschenrecht, das humanitäre Recht, das Flüchtlingsrecht, das Strafrecht und das Arbeitsrecht und die für die Rechte von Migranten relevan-



ten Rechtsnormen sind daher in einer Vielzahl von Rechtsakten verstreut.

Wie von der IOM angegeben, trägt diese Ungleichheit oder Streuung der Normen zu der weit verbreiteten Annahme bei, dass es Lücken in den Normen zum Schutz von Migranten und/oder zur Regulierung der Migration gibt. Generell besteht manchmal Unsicherheit über den genauen Inhalt oder die Absicht der relevanten Instrumente und über die Beziehung jedes dieser Instrumente zu den anderen¹¹.

In der öffentlichen Statistik gelten nach Angaben des Statistischen Hauptamtes (Główny Urząd Statystyczny) als Migranten diejenigen Personen, die aus dem Ausland in das Aufnahmeland gekommen sind, um sich niederzulassen (ständiger Wohnsitz) oder für einen vorübergehenden Aufenthalt¹².

Polen als ein Einwanderungsland neuen Typs?

Der Begriff 'Einwanderungsland' wurde bereits im letzten Jahrhundert in Europa ein Thema. „Guest-workers models“ gehören neben Assimilation oder Multikulturalismus zu den akzeptierten Konzepten der Aufnahme von Migranten¹³. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich mehr als 50 Jahre mit dem Begriff „Einwanderungsland“ schwergetan¹⁴.

Aus dem Bericht des Amtes für Statistik „Polens demografische Situation bis 2022“ ergibt sich, dass im siebten Jahr in Folge ein positiver endgültiger Wanderungssaldo verzeichnet wurde (berechnet auf Grundlage der Angaben zu Anmeldungen zum Daueraufenthalt nach Einreise aus dem Ausland und Abmeldungen vom Daueraufenthalt im Zusammenhang mit der endgültigen Ausreise ins Ausland). Zuvor gab es mehrere Jahrzehnte lang einen negativen Saldo. Die Trendanalyse zeigt, dass sich Polen von einem typischen Auswanderungsland zu einem Auswanderungs- und Einwanderungsland wandelt¹⁵.

1. K. Gmaj, Wprowadzenie w zagadnienia migracji i integracji [In:] Od migracji do integracji. Vademecum pod redakcją Agnieszki Chmieleckiej, Warszawa 2012, S. 22.
2. S. Gregou, Einwanderung als Bewährungsprobe für lokale und regionale Gebietskörperschaften Europäischer Ausschuss der Regionen, Publications Office, 2005, S. 21.
3. J. P. Georgica, Polskie migracje w świetle procesów globalnych, Warszawa 2018, S. 15.
4. E. Tuora-Schwierskott, Migracje a polityki migracyjne. Prawo unii europejskiej na tle wybranych doświadczeń krajowych. Ratzbona 2015, S. 77.

5. J. P. Georgica, Polskie (...) op.cit., S. 88.

6. Internationale Organisation für Migration (IOM), 2022. Migration und Migranten: Ein globaler Überblick In: Weltmigrationsbericht 2022 (M. McAuliffe und A. Triandafyllidou, eds.) IOM, Genf. S.3.

7. Frederik von Harbou und Jekaterina Markow, Philosophie des Migrationsrechts, Tübingen 2020, S.3.

8. J. P. Georgica, Polskie migracje w świetle procesów globalnych, Warszawa 2018, S. 17.

9. F. von Harbou und J. Markow, Philosophie des Migrationsrechts, Tübingen 2020, S. 5.

10. IOM, International Migration Law No. 34 - Glossary on Migration, <https://publications.iom.int/books/international-migration-law-ndeg34-glossary-migration> (Zugang am: 11.10.2023).

11. IOM, About migration law. Normative Approach, <https://www.iom.int/about-migration-law> (Zugang am: 06.09.2023).

12. Główny Urząd Statystyczny, Pojęcia stosowane w statystyce publicznej, <https://stat.gov.pl/meta/informacje/slownik-pojec/pojecia-stosowane-w-statystyce-publicznej/1138,pojecie.html> (Zugang am: 06.09.2023).

13. Problemy integracji imigrantów. Koncepcje. Badania. Polityki pod red. Aleksandry Grzymały-Kazłowskiej, Sławomira Łodzińskiego, Warszawa 2008, S. 9.

14. Karl-Heinz Meier-Braun, Der lange Weg ins Einwanderungsland [In:] Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, Deutschland Zuwanderung und Integration 56. Jahrgang, Stuttgart 2006, S. 204-209.

15. Główny Urząd Statystyczny, Sytuacja demograficzna Polski do roku 2022, Warszawa 2023, https://stat.gov.pl/download/gfx/portalinformacyjny/pl/defaultaktualnosci/5468/40/3/1/sytuacja_demograficzna_polski_do_2022.pdf (Zugang am 11.10.2023), S. 24-25, 64.

Ende Februar 2023 betrug der Ausländeranteil an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen 6,4 %. Die im Februar 2023 arbeitenden Ausländer kamen aus über 150 Ländern. Ende Februar 2023 waren 986,8 Tausend Ausländer erwerbstätig. Diese Zahl umfasst 409,7 Tausend Ausländer, die zivilrechtliche Verträge abgeschlossen haben¹⁶.

Dieser Trend setzt sich auch in diesem Jahr fort, was durch statistische Daten bestätigt wird. Mit Stand vom 18. September 2023 wurden den vom Amt veröffentlichten Daten zufolge insgesamt 803.750 Anträge gestellt (im Vergleich zu 662.218 im Jahr 2022), darunter 353.804 positiv entschiedene Anträge (im Jahr 2022 wurden 541.721 Anträge eingereicht). Betrachtet man die Daten nach dem Herkunftsland der Antragsteller, so betrafen von allem gestellte Anträge 468.352 Personen ukrainischer Herkunft (390.654 im Jahr 2022), was 58,1 % aller Anträge ausmacht (58,9 % im Vorjahr). Was die erlassenen Entscheidungen betrifft, so wurden bis zum 18. September 2023 insgesamt 252.970 Entscheidungen erlassen, was 31,5 % der Fälle entspricht (391.911 im Jahr 2022).

Insgesamt 2022 wurden 140.057 Entscheidungen über Anträge von Menschen ukrainischer Herkunft erlassen (253.817 im Jahr 2022). 55,4 % aller eingereichten Entscheidungen betrafen Entscheidungen für Menschen ukrainischer Herkunft (64,8 % im Jahr 2022)¹⁷ was zeigt, dass weitere Änderungen im polnischen Migrationsrecht notwendig sind¹⁸. Diese Änderungen sollten den Verwaltungsbereich betreffen, um den Erlass möglicher Entscheidungen zu beschleunigen, sowie in Zukunft systemische Änderungen auf der Ebene der Gesetze bezüglich der Verfahren selbst. Ausländer verweisen auf den fehlenden Kontakt zum zuständigen Inspektor sowie auf Probleme bei der Einreichung von Dokumenten während eines Besuchs im Büro, was sie daran hindert, die formalen Mängel zu beheben¹⁹. Auch in praktischer Hinsicht wurde die Problematik langwieriger Verfahren und mangelnder Liquidität bei Entscheidungen wahrgenommen. Beim Besuch von Vertretern des Nationalen Mechanismus zur Verhütung von Folter im bewachten Zentrum für Ausländer in Przemyśl²⁰.

Das Migrationsrecht in Polen

In der polnischen Gesetzgebung wird das Thema Migration in vielen Rechtsakten auf verschiedenen Ebenen geregelt. Zu den grundlegenden Gesetzen im Bereich Migration und Asyl gehören: die Verfassung der Republik Polen vom 2. April 1997, das Gesetz vom 12. Dezember 2013 über Ausländer, das Gesetz vom 13. Juni 2003 über die Gewährung des Schutzes für



Ausländer im Hoheitsgebiet der Republik Polen und das Gesetz vom 14. Juli, 2006 über die Einreise in das Hoheitsgebiet der Republik Polen, den Aufenthalt und die Ausreise aus diesem Hoheitsgebiet von Bürgern der Mitgliedstaaten der Europäischen Union und ihren Familienangehörigen²¹.

Die Grundpfeiler des polnischen Migrationsrechts sind das Ausländergesetz vom 12. Dezember 2013 und das Gesetz vom 13. Juni 2003 über die Gewährung von Ausländern im Hoheitsgebiet der Republik Polen.

Es ist anzumerken, dass die Ereignisse im Zusammenhang mit dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine als bahnbrechend einzustufen sind und der daraus resultierende Handlungsbedarf das Fehlen systemischer Lösungen und das Vorhandensein lediglich von Ad-hoc-Lösungen verdeutlicht. Das Problem der langwierigen Bearbeitung von Ausländerangelegenheiten bleibt ungelöst. Die durchschnittliche Wartezeit bis zur Prüfung des Antrags geht weit über die in den Vorschriften festgelegten Fristen hinaus. Auf eine Aufenthaltserlaubnis warten Antragsteller noch bis zu mehreren Monaten, zusätzlich bis zu 6 Monaten, damit die Aufenthaltskarte tatsächlich ausgehändigt wird. Aufgrund von Fehlern im elektronischen System kommt es bei der Anmeldung zur Antragstellung zu Schwierigkeiten. Es kommt häufig vor, dass man lange auf das Erscheinen des Formulars im Internet wartet oder Schwierigkeiten hat, einen Stempel im Reisepass zu erhalten, der die Einreichung des Antrags und damit die Rechtmäßigkeit des Aufenthalts bestätigt. Ausländer verweisen auf den fehlenden Kontakt zum zuständigen Mitarbeiter sowie auf Probleme bei der Einreichung von Dokumenten während eines Besuchs im Amt, was sie daran hindert, die formalen Mängel zu beheben. Eine zusätzliche Herausforderung ist die Sprachbarriere. Einem der Ausländer wurde die Mög-

lichkeit verweigert, die Übersetzung über eine mobile Anwendung zu nutzen. Der Beamte war auch nicht damit einverstanden, dass die ausländische Frau sich telefonisch mit einem Dolmetscher in Verbindung setzen konnte, und verlangte von ihr, Polnisch zu sprechen²².

Zuletzt führte der Menschenrechtsbeauftragte ein Aufklärungsverfahren durch, unter anderem: im Fall einer Ausländerin, die im Dezember 2018 bei der Woiwodschaft Niederschlesien eine befristete Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis beantragt hat. Am 1. Februar 2023 erhielt es eine positive Entscheidung. Im Jahr 2021 wurden mehr als 3,5 Tausend Fälle aufgrund der Entscheidungen des Landesverwaltungsgerichts rechtskräftig. Gerichte erfassten fast 2.000 Urteile wegen Verspätung und Untätigkeit von Beamten. Es besteht die Vermutung, dass die Daten für dieses Jahr aufgrund der Zeitraumverlängerung der Aussetzung der Fristen für die Erledigung solcher Angelegenheiten bis zum 24. August 2023 ähnlich oder niedriger ausfallen könnten²³.

Migranten als Mitglieder lokaler Gemeinschaften

Wie Alastair Ager und Alison Strang bemerkt haben, 'es gibt wahrscheinlich kein Thema, das mehr Verwirrung und Uneinigkeit hinsichtlich des Verständnisses von Integration hervorruft als die Staatsbürgerschaft und die damit verbundenen Rechte und Pflichten. Dies spiegelt teilweise das sehr unterschiedliche Verständnis von Staatsbürgerschaft, aber noch grundlegender von Nationalität in den verschiedenen Gesellschaften wider'²⁴. Dabei ist zu beachten, dass Integrationspolitik von anderen migrationsbezogenen Politiken wie der Einreisepolitik, der Flüchtlingspolitik usw. zu unterscheiden ist. Wie Aleksandra Grzymała-

Kazłowska und Sławomir Łodziński betonen, „beschäftigt sich die Integrationspolitik in erster Linie mit der Bewältigung der Migration“. Langfristige Auswirkungen der Aufnahme von Ausländern werden mit einer Vielzahl von Maßnahmen verbunden, die zu diesem Zweck eingesetzt werden, beispielsweise mit gesetzlichen Regelungen oder Staatsbürgerschaftspolitik²⁵.

Adam Bodnar und Adam Płoszka weisen auf die Existenz dreier Konzepte der Mitgliedschaft in einer Kommunalverwaltungsgemeinschaft hin. Im ersten Fall ist die Mitgliedschaft in der lokalen Regierungsgemeinschaft eine Ableitung der Mitgliedschaft in der politisch verstandenen Nation (wir, die polnische Nation – alle Bürger der Republik Polen). Auf der anderen Seite des Spektrums gibt es Ansichten, die das Merkmal der Zugehörigkeit einer Kommunalverwaltungsgemeinschaft jeder Person zuschreiben, die im Gebiet einer Kommunalverwaltungseinheit wohnt. Schließlich verwendet ein erheblicher Teil der Lehre den Begriff einer selbstverwalteten Gemeinschaft, ohne dessen Bedeutung klar zu definieren²⁶. Im polnischen Rechtssystem gibt es keine Definition des Begriffs „Einwohner“. In der Lehre und Rechtsprechung besteht kein Zweifel daran, dass ein Einwohner eine Person ist, die ihren ständigen Wohnsitz im Gebiet einer Kommunalverwaltungseinheit hat²⁷.

Das Problem der Teilhabe von Einwanderern am Leben lokaler Gemeinschaften ist kein neues Problem. Es stellt sich jedoch die Frage nach möglichen Unterschieden in der Beteiligung zwischen Menschen derselben Nationalität, deren Grad und Fähigkeit zur Teilnahme am Gemeinschaftsleben vom Status und nicht von der Staatsbürgerschaft abhängt. Dieses Problem stellt sich im Fall ukrainischer Kriegsflüchtlinge und Wirtschaftsflüchtlinge, die nach Polen kamen. Die Ukraine ist eines der am stärksten von der Migration betroffenen Länder in Europa²⁸. Es stellt sich die Frage, ob die Rechte von Menschen gleicher Nationalität im gleichen Gebiet differenziert werden können, wenn sie auf einer anderen Grundlage in ein bestimmtes Land kamen. Dies scheint zum einen der richtige Ansatz zu sein, wenn man die bestehende Auffassung berücksichtigt, dass nach der aktuellen Rechtslage die Mitgliedschaft in einer bestimmten Kommunalverwaltungsgemeinschaft mit einem Wohnsitz im Gebiet einer bestimmten Kommune verbunden ist. Der Aufenthalt hängt im polnischen Recht mit zwei Voraussetzungen zusammen – dem tatsächlichen Aufenthalt an einem bestimmten Ort und der Absicht, den ständigen, d. h. im Voraus unbegrenzten, Aufenthalt beizubehalten. Im Falle ukrainischer Kriegsflüchtlinge besteht

16. Główny Urząd Statystyczny, Cudzoziemcy wykonujący pracę w Polsce w lutym 2023 r. (18.09.2023 r.), https://stat.gov.pl/download/gfx/portalinformacyjny/pl/defaultaktualnosci/6329/15/3/1/cudzoziemcy_wykonujacy_prace_w_polsce_w_lutym_2023_r_-_prace_eksperymentalne_2.pdf (Zugang am: 18.09.2023 r.).

17. Urząd do Spraw Cudzoziemców, Statystyki, 2023, <https://migracje.gov.pl/#elementor-action%3Aaction%3Dpopup%3Aopen%26settings%3DeyJpZCI6MTc5OCwidG9nZ2xlljpmYWszX0%3D> (Zugang am: 18.09.2023).

18. Ebd.

19. Rzecznik Praw Obywatelskich, Przewlekłość załatwiania spraw cudzoziemców może jeszcze bardziej się wydłużyć. Rzecznik pisze do MSWiA, <https://www.gov.pl/web/udsc/zmiany-w-prawie-migracyjnym2> (Zugang am 26.09.2023)

20. Rzecznik Praw Obywatelskich, Wizytacja BRPO w Strzeżonym Ośrodku dla Cudzoziemców w Przemyślu, 2023, <https://bip.brpo.gov.pl/content/kmpt-wizytacja-soc-przemysl> (Zugang am 11.10.2023).

21. Europejska Sieć Migracyjna, Polskie akty prawne, <https://www.gov.pl/web/europejska-siec-migracyjna/polskie-akty-prawne> (Zugang am 11.10.2023).

22. Łukasz Starzewski, Przewlekłość załatwiania spraw cudzoziemców może jeszcze bardziej się wydłużyć. Rzecznik pisze do MSWiA, <https://bip.brpo.gov.pl/content/rpo-cudzoziemcy-województwie-przewleklosc-mswia> (Zugang am: 04.10.2023 r.).

23. Joanna Urbańska-Jaworska, Urząd Wojewódzki płaci miliony za przewlekłe postępowania wobec cudzoziemców. Tak rząd PiS pomaga obywatelom Ukrainy, <https://wroclaw.wyborcza.pl/wroclaw/7,35771,29303707,dolnoslaski-urzad-wojewodzki-wyplaca-miliony-za-przewleklosc.html> (Zugang am: 04.10.2023 r.)

24. A. Ager, A. Strang, Understanding Integration: A Conceptual Framework, *Journal of Refugee Studies*, Volume 21, Issue 2, June 2008, s. 166–191.

25. A. Grzymała-Kazłowska, S. Łodziński Wprowadzenie. Problemy integracji imigrantów. Koncepcje. Badania. Polityki pod red. Aleksandry Grzymała-Kazłowskiej, Sławomira Łodzińskiego, Warszawa 2008, S. 13.

26. A. Bodnar, A. Płoszka, Rozszerzenie czynnego i biernego prawa wyborczego w wyborach samorządowych na osoby nieposiadające obywatelstwa Unii Europejskiej [In:] Samorząd Terytorialny 9/2013, Warszawa 2013, S. 73.

27. J. Dorosz-Kruszyński, Problem konstrukcji praw członka wspólnoty samorządowej na wybranych przykładach [In:] Przegląd Prawa Publicznego 2022/5, Warszawa 2022, S. 94–95.

28. M. Bakun, (Not)equal – the situation of migrants with particular emphasis on the situation of Ukrainian Women in Poland [In:] Inequalities. Faces of modern Europe, Wrocław 2023, S. 93.



kein Grund zur Annahme, dass die zweite der oben genannten Voraussetzungen erfüllt ist. Die Rechtsgrundlage für den Aufenthalt von Kriegsflüchtlingen in Polen ist vorübergehender Natur²⁹. Vier von zehn ukrainischen Flüchtlingen beabsichtigen, sich für längere Zeit in Polen niederzulassen, jeder Fünfte möchte langfristig in sein Land zurückkehren und 14 Prozent wollen dies innerhalb von drei Jahren nach Kriegsende tun – heißt es in dem von Manpower und der Totalizator Sportowy Foundation erstellten Bericht - „Die berufliche Situation von Flüchtlingen aus der Ukraine in Polen“. Wie Mariusz Tomczak feststellt: Je länger der Krieg dauert, desto mehr Menschen können dauerhaft im Ausland bleiben und sich von Kriegsflüchtlingen in Wirtschaftsflüchtlinge verwandeln³⁰.

Die Notwendigkeit einer eingehenden und systematischen Reflexion über Hilfs- und Integrationsmaßnahmen für neue Einwohner im Lande ergibt sich direkt aus der Art und dem Ausmaß des Phänomens, mit dem Polen derzeit konfrontiert ist³¹. Auch wenn die Regierung eines bestimmten Landes keine Maßnahmen entwirft und umsetzt, die auf die Bedürfnisse einer sich verändernden Bevölkerung reagieren, können Städte es kaum erwarten, darauf zu reagieren. Stadtverwaltungen und andere lokale Akteure, darunter auch soziale Organisationen (auch solche mit Migrationscharakter), unterstützen Neuankömmlinge bei der Job- oder Wohnungssuche und bei der Inanspruchnahme von Dienstleistungen³².

Daher liegt die Priorität der Migrationspolitik darin, Menschen mit hohem Sozialkapital und kulturellem Hintergrund anzuziehen. Das Dokument, das die sozioökonomischen Prioritäten der Migrationspolitik definiert, konzentrierte sich vor allem auf wirtschaftliche Fragen, also auf die Vorteile, die sich aus der Migration für den Arbeitsmarkt ergeben sollten³³.

Patrycja Matusz unterscheidet zwei Phasen der Integration. Zunächst führten die Stadtbehörden Lösungen in sozioökonomischen Bereichen ein, wie zum Beispiel: „Der Arbeitsmarkt (...), das Bildungssystem (...), das Wohnungssystem (Aufteilung von Einwanderern in bestimmte Stadtbezirke). In der zweiten Phase, die viel später stattfindet (in einigen Städten – zum Beispiel Stockholm oder Kopenhagen – beobachten wir diesen

Prozess derzeit), kam es zu Spannungen hinsichtlich der Identität der Einwanderer und zu Manifestationen der Zurückhaltung der einheimischen Bevölkerung ihnen gegenüber. Lokale Gemeinschaften üben Druck auf die Behörden aus und fordern Lösungen von Integrationsproblemen“. Die Rolle der lokalen Behörden hatte vermittelnden Charakter. In der ersten Phase betrafen die Tätigkeiten der Städte sozioökonomische Fragen, während sie in der zweiten Phase kulturelle und religiöse Themen umfassten, die für Einwanderer wichtig waren. Die Erfahrung zeigt, dass Sozialhilfe allein für die Integration von Einwanderern nicht ausreicht³⁴.

In der Literatur werden mehrere Phasen städtischer Integrationspolitik unterschieden:

- Mangel an einer speziellen Politik gegenüber Migranten und an Ad-hoc-Reaktionen auf Probleme;
- eine Politik für vorübergehende Lösungen in Bezug auf „Gastarbeiter“;
- Assimilationspolitik, die darauf abzielt, Migranten zu integrieren, indem ihre Unterschiede in verschiedenen Aspekten minimiert werden;
- pluralistische Politik, die darauf abzielt, die Identität ethnischer Gruppen und ihre Ermächtigung zu sichern und sogar zu feiern³⁵.

In den letzten Jahren wurde auf die Entstehung der nächsten Phase der Politik geachtet, die unter anderem als „interkulturell“ oder „postmultikulturell“³⁶ definiert wurde. Es zeichnet sich dadurch aus, dass der Fokus eher auf dem Einzelnen als auf ethnischen Gruppen liegt, und umfasst auch andere Aspekte der Differenz wie Geschlecht, Behinderung und sexuelle Orientierung. Städte ziehen sich zunehmend aus der Finanzierung kultureller Maßnahmen zurück, die sich an eine bestimmte ethnische Gruppe richten und von dieser organisiert werden, während Projekte unterstützt werden, die darauf abzielen, verschiedene Gruppen zu verbinden, die Gemeinschaft der Stadt zu schaffen und Interaktionen zu fördern. Solche Maßnahmen werden beispielsweise von den Behörden von Antwerpen und Amsterdam durchgeführt³⁷.

Städte spielen eine wichtige Rolle bei der Integration von Einwanderern und der Förderung des sozialen Zusammenhalts. Lokale Behörden haben Vorteile gegenüber staatlichen Behörden, wenn es um die Mobilisierung von Einwanderern und Organisationen der Zivilgesellschaft, die richtige Festlegung von Prioritäten, die Überwachung der Ergebnisse der Integrationspolitik und den Einsatz von Instrumenten zur

29. Diese Position vertritt auch Przemysław Mroczkowski, P. Mroczkowski, Członkostwo ukraińskich uchodźców wojennych we wspólnotach samorządowych, ST 2023, nr 6, s. 32-49, https://sip.lex.pl/?ga=2.139898739.1146722353.1694600862-1315681543.16542239851&gl=1*1239ymo*_ga*MTMxNTY4MTU0My4xNjU0MjM5ODUx*_ga_TRNFT04CYF*MTY5NDYwMDg2MjM4Zm4wLjE2OTQ2MDA4NjU0MjM5ODUx*_ga_publication/151438339 (dostęp: 2023-09-13 12:27).

30. Manpower Polska, Fundacja Totalizatora Sportowego, Wygraj Rozwój, Raport: Sytuacja zawodowa uchodźców z Ukrainy w Polsce, <https://www.fundacja.totalizator.pl/media/download/505ee058-5337-4ced-8e86-fc50e0c27020> (Zugang am: 11.10.2023).

31. K. Homel, A. Krzyworezeka-Jelnowska, K. Łukasiewicz, M. Nowosielski, M. Pachocka, K. Podgórska, J. Z. Popławska, D. Wach, A. Winiarska, Model lokalnej polityki włączania migrantów i migrantek w życie miast. Założenia i rekomendacje Laboratorium Polityki Migracyjnych Miast i Regionów OBM UW, Warszawa 2023.

32. K. Homel (u.a), ebd. S.5.

33. K. Homel (u.a), ebd. S.10.

34. P. Matusz-Protasiewicz, Rosnąca rola poziomu lokalnego w kreowaniu polityki integracji imigrantów w Unii Europejskiej [In:] Central and Eastern European Migration Review 2013/2, Warszawa 2013, S. 75–97.

35. M. Alexander, Local Policies toward Migrants as an Expression of Host-Stranger Relations: A Proposed Typology [In:] Journal of Ethnic and Migration Studies 2003/3, London 2003, S. 411–430.

36. M. Schiller, Paradigmatic Pragmatism and the Politics of Diversity, „Ethnic and Racial Studies” 2015/7, S. 1120–1136.

37. P. Matusz-Protasiewicz, Sposób kształtowania relacji międzygrupowych na poziomie lokalnym,

Förderung der Integration geht³⁸. Forschungen zeigen, dass die Durchführung staatsbürgerlicher Integrationsprogramme der These über die wachsende Rolle der Städte bei der Gestaltung der Integrationspolitik von Einwanderern widerspricht. Diese Programme führten zu einer Zentralisierung der Integrationspolitik und einer geringeren Rolle der Städte³⁹.

Zu beachten sind auch Stimmen, die eine Ergänzung des Konzepts der Staatsbürgerschaft darstellen. Das von Thomas Faist erwähnte Konzept der Verleihung der Staatsbürgerschaft auf der Grundlage sozialer und wirtschaftlicher Bindungen zum Aufnahmeland ist sicherlich wichtig⁴⁰. Zu dieser Bindung gehören auch die binationalen Ehen, weil sie die Situation der Ehegatten nicht nur im Rahmen sozialer Bindungen und Beziehungen kennen⁴¹, sondern vor allem im Lichte des geltenden Rechts⁴².

Derzeit wird die von der polnischen Regierung verfolgte Politik im wissenschaftlichen Diskurs zum The-

ma als Migrationspolitik „ohne Politik“ bezeichnet⁴³. Bestätigt wird diese Entschlossenheit dadurch, dass die Regierung die Migrationspolitik für 2023 noch nicht verabschiedet hat. Diese Entschlossenheit wird durch die Tatsache bestätigt, dass die Regierung die Migrationspolitik für 2023 nicht verabschiedet hat. Zu beachten ist auch die Auflösung des Interministeriellen Teams für Migration und die Schaffung der Abteilung für internationale Angelegenheiten und Migration an ihrer Stelle und innerhalb dieser Abteilung. Es wurde die Abteilung für Migration und Grenzpolitik eingerichtet, was deutlich zeigt, dass die polnische Regierung das Migrationsproblem marginalisiert⁴⁴. Es ist notwendig, um koordinierte, kohärente Maßnahmen im Bereich Migrationsmanagement sicherzustellen. Darüber hinaus muss die Migrationspolitik eine öffentliche Politik sein, die nicht nur von staatlichen Stellen⁴⁵, sondern auch von lokalen Behörden und sozialen Einrichtungen akzeptiert und umgesetzt wird⁴⁶.

Zusammenfassung:

Das Problem der Migration ist in letzter Zeit zu einer der größten Herausforderungen für die Mitgliedstaaten der Europäischen Union geworden. Der Aufsatz wird dem Versuch gewidmet, den Begriff des Flüchtlings im polnischen Recht zu definieren, da es im polnischen Rechtssystem keine rechtliche Definition des Migrationsbegriffs gibt und den aktuellen Rechtsstand und Änderungsbedarf aufzuzeigen.

Schlüsselwörter: Migrationspolitik, Arbeitsmigration, Integration von Migranten.

Summary:

Migration has emerged as one of the biggest challenges for the European Union Member States. The reasons behind migration are varied, and the term has been subdivided into refugees and migrants. This publication aims to define the term "migrant in the context of Polish law, as there is currently no legal definition in the Polish legal system. Furthermore, it seeks to outline the framework of migration law, present the current legal status and highlight the need for necessary changes.

Keywords: migration policy, economic migration, integration of immigrants.



Über die Autorin: Marta Bakun – Doktorandin an der Fakultät für Politikwissenschaften und Verwaltung der Doktorandenschule der Universität Wrocław. Absolventin der Fakultät für Rechts-, Verwaltungs- und Wirtschaftswissenschaften und der Schule des deutschen Rechts an der Universität Wrocław. Stipendiatin der Programme Erasmus+ (Freie Universität Berlin), DAAD (Universität Münster) und PROM NAWA (Humboldt-Universität zu Berlin), E-Mail: marta.bakun@uwr.edu.pl.

38. ze szczególnym uwzględnieniem społeczności muzułmańskiej na przykładzie Antwerpii (Belgia) i Amsterdamu (Holandia). Doświadczenia z badania CLIP 2009-2011 [w:] Wokół problematyki migracyjnej. Kultura przyjęcia, red. J. Balicki, M. Chamarczuk, t. 7, Warszawa 2013, S. 41–56.

39. R. Penninx, „Decentralizacja polityki integracyjnych”, S. 28–30.

40. L. Rajca, The Role of Cities in the Integration of Immigrants in Europe. [In:] Studia Europejskie - Studies in European Affairs, 24(3), Warszawa 2020, S. 165-181.

41. T. Faist, Transnationalization in international migration: implications for the study of citizenship and culture [In:] Ethnic and Racial Studies, 23:2, London 2000, DOI: 10.1080/014198700329024, S. 189-222. Eine weitere Diskussionsrichtung sollte die unterschiedliche Herangehensweise der ukrainischen und polnischen Regierungen im Kontext des Ansatzes zur Regulierung von Lebenspartnerschaften sein. In der Ukraine wurde unter anderem der Entwurf eines Gesetzes über Lebenspartnerschaften erstellt. Gleichgeschlechtliche Rechte wurden im Frühjahr 2021 in der neuen Menschenrechtsstrategie und dem Aktionsplan 2021–2023 definiert. Die Umsetzung des Plans wurde durch die russische Aggression gegen die Ukraine am 24. Februar 2022 verhindert.

42. A. Brzozowska, Przewidywalny próg. Integracja i mobilność społeczno-ekonomiczna migrantów z Ukrainy zawierających małżeństwa z obywatelami Polski, Warszawa 2022, S. 123-173.

43. Ein Beispiel für die Verwendung eines solchen Begriffs ist unter anderem: Titel der Veröffentlichung von Sławomir Łodziński und Marek Szonert – „Migrationspolitik, Migrationspolitik „ohne Politik“, Antinomien der Gestaltung der Migrationspolitik in

Polen im Zeitraum 2016-2022, Warszawa 2023 (Originaltitel: Polityka migracyjna "bez polityki". Antynomie tworzenia polityki migracyjnej w Polsce w okresie 2016-2022.

44. S. Łodziński, M. Szonert, Polityka (...), S. 15-17.

45. Darauf deutete der letztlich nicht angenommene Resolutionsentwurf des Ministerrats zur Verabschiedung der „Migrationspolitik Polens – Handlungsrichtungen für 2021–2022“ hin, der im vierten Quartal 2022 zurückgezogen wurde. Resolution zur Migrationskrise in Lampedusa, Italien, und Vorschläge zur Migrationspolitik, die von EU-Institutionen angesichts des Massenzustroms illegaler Migranten vorgelegt wurden [(K. Bartman, Zero strategii, alarmują od lat. "Władze udają, że cudzoziemców nie ma", <https://www.money.pl/gospodarka/zero-strategii-alarmuja-od-lat-wladze-udaja-ze-cudzoziemcow-nie-ma-6915629634112224a.html> (Zugang am: 11.10.2023)]

Derzeit gibt es kein gültiges Dokument zur Migrationspolitik der polnischen Regierung. Am 19. September 2023 verabschiedete der Ministerrat eine Resolution zur Migrationskrise im italienischen Lampedusa und Vorschläge zur Migrationspolitik der EU-Institutionen angesichts des Massenzustroms illegaler Migranten, vorgelegt vom Minister für Angelegenheiten der Europäischen Union. Es weist darauf hin, dass eine der Hauptaufgaben der Regierung darin besteht, die Sicherheit ihrer Bürger zu gewährleisten [Polska Agencja Prasowa, Rząd przyjął uchwałę w sprawie sytuacji na Lampedusie, <https://www.pap.pl/aktualnosci/rzad-przyjal-uchwale-w-sprawie-sytuacji-na-lampedusie> (Zugang am: 11.10.2023)].

46. G. J. Leśniak Prawo migracyjne trafi do kosza, podobnie jak wcześniej polityka migracyjna?, <https://sip.lex.pl/#/external-news/1795684360?keyword=prawo%20migracyjne&cm=STOP> (Zugang am: 11.10.2023).



Florián Doležal

The Principles of Political Autonomy and Equality in The Concept of EU Representative Democracy

1. Introduction

The values on which the European Union (EU) as a community is built can already be seen in the preamble to the Treaty on the EU (TEU), where its founders particularly advocate freedom, equality, human rights, the rule of law and democracy. At the same time, one of the main goals of the community is indicated here, and that is to strengthen the democratic nature of its bodies. Legally binding expression of these proclamations, as far as democracy is concerned, was mainly given in Article 2 and Chapter II of the TEU.

At the same time, the expression of democratic principles in the EU legal order is not the result of only socio-economic causes, as is the case with nation states. The lack of common identity of EU citizens and the relatively small differences in financial security between the elite and the rest of the European population do not indicate this. Likewise, the fact that tax policy and the redistribution of funds in general remains the exclusive competence of the member states¹. Rather, it is also the result of efforts of political elites controlling key EU institutions to legitimize the strengthening of European integration. This effort then originates in the dispute between these elites (especially representatives of national state governments and the EP supported by national parliaments) about the scope of their competences².

The aim of this article is to analyze the concept of representative democracy in EU law and to place the principles of EU representative democracy in a broader philosophical and political context. It also seeks to

answer the question of what the principle of political autonomy actually means in EU legal order.

2. The Principle of Political Autonomy

2.1 Legal Basis

According to Article 10, paragraph 1, in conjunction with Article 2 of the TEU, the legal regulation of EU representative democracy is based on the constitutional traditions common to the member states. This is confirmed by the Court of Justice in its jurisprudence³.

However, representative democracy is also part of the national identities of the member states, which are respected by the EU according to Article 4(2) TEU⁴. It is also evidenced by the fact that this provision has its predecessor in Article F of the Maastricht Treaty interpreting the concept of national identity explicitly in connection with democracy, on which the exercise of public power in individual member states is based.

Representative democracy is defined in Article 10(2) TEU as the direct representation of EU citizens by the European Parliament and, at the same time, the direct or indirect representation of citizens of individual member states by members of the Council and the European Council. We arrive at this interpretation if we place the wording of Article 10(2) TEU in the context of the role and functioning of national parliaments, as regulated in the constitutions of individual member states⁵. National parliaments are not only indirectly involved in the decision-making process of EU law, through the control of the representatives of

the member states in the Council and the European Council, but also directly under Article 12(d) TEU.

In conjunction with Article 13(2) TEU containing the obligation of EU institutions to respect the limits set by the Treaties and Article 13(1) TEU, which provides a list of EU institutions, two of the basic rules of EU representative democracy can be formulated. It is the duty of the EP to represent EU citizens, and the duty of the members of the Council and the European Council to represent the citizens of the Member State of which they are representatives, and the corresponding rights of EU citizens and citizens of the Member States. Pursuant to Article 6(1) of the amended 1976 Act concerning the election of representatives to the European Parliament by direct universal suffrage, a Member of the European Parliament shall exercise his or her mandate independently of any instructions. The right to intervene in the decision-making of the EP, a public authority, by electing its members is already given to EU citizens by Article 10(2)(1) TEU itself, which stipulates that the EP shall be formed by direct election, as can be inferred from the wording *directly represented in the European Parliament*⁶.

Representative democracy is, as can be seen from the above, conceived in EU law in a dual way, or rather: it relies on two sources of legitimacy for decision-making. The first is the citizens of the EU, the second is the citizens of the individual Member States⁷.

In this context, however, some authors point out that representative democracy at EU level faces a de facto obstacle in the absence of a common European identity. In their view, there is no political unity in the sense of a community of individuals united by language, culture and customs⁸. This makes internal democratic legitimacy based on EU citizens highly questionable in terms of its positive impact on reducing the EU's democratic deficit⁹. Finally, the interpretation of the EP's basic decision-making principle as a duty to represent the common interest of EU citizens is also criticised on these grounds. Despite the fact that the function of political parties at the EU level is conceived in this way according to Article 10(4) TEU.

Instead, some authors refer to Article 9 TEU and the principle of political equality of EU citizens arising therefrom (in conjunction with Article 10(2), subsection 1 TEU).



According to this idea, the EP derives its legitimacy precisely and only from the fact that every EU citizen, provided he or she fulfils the conditions laid down, has the opportunity to participate in the election of its members¹⁰.

2.2 Autonomy in Democratic Theory

Such a legal arrangement is close in form to the concept of political autonomy. It has its origins in the doctrine of liberal political philosophy concerned with justifying the exercise of public (state) power. It is divided into two main currents of opinion.

The first requires that citizens be involved in some way (directly or indirectly) in decision-making¹¹. The second adds to this the requirement to make decisions in the interests of all citizens. According to this philosophical conception, public power is legitimate only if it is based on the qualified consent of the citizens who are bound by it¹². Bobbio combines with the first requirement the obligation to represent the particular interests of the voters and thus to exercise a binding mandate. The so-called independent mandate does he connect with the requirement to represent the general interest¹³.

Kelsen understands freedom as a natural quality of every human being. However, natural freedom differs from political freedom (autonomy) in its scope. Political autonomy, in contrast, is limited by the legal order of which man is the subject¹⁴. However, some authors have pointed to a long-standing tendency of political parties running for election to deliberately narrow the spectrum of political issues to the most attractive ones in order to maximize electoral gains. This then leads to a situation where voters who are interested in relatively marginal issues have no real

1. In nation-states, it was precisely the pressure on the part of the poorer majority to redistribute the wealth of the minority that led to the formulation of its demand for involvement in shaping collective decisions.

2. Schimmelfennig, F. The normative origins of democracy in the European Union: toward a transformationalist theory of democratization. *European Political Science Review*, 2010, p. 218–223.

3. The Court of Justice interprets the EU principle of democracy as one of the general principles common to the legal systems of the member states. See Judgment of the Court of 9 March 2010 in case C-518/07, paragraph 41.

4. In the case of the concept of national identity, it is clearly a matter of essential requirements of the constitutions of the individual member states. These include provisions on the basic organization of the state, the protection of fundamental rights, sovereignty, the principle of the rule of law and, last but not least, the principle of democracy. The concept of respect for the national identity of member states, as its definition in Article 4(2) TEU explicitly suggests, must be understood as a

constitutional and not a cultural concept, which is rather contained in Article 3 TEU. See Von Bogdandy, A. Overcoming absolute primacy: Respect for national identity under the Lisbon Treaty. *Common Market Law Review*, 2011, no. 5, pp. 1427–1440.

5. This indicates its closeness to the concept of constitutional identity, which has appeared in the jurisprudence of the (constitutional) courts of the member states since the 1970s. It is therefore reasonable to assume that the concept of national identity in EU law is rooted in the self-understanding of each member state and is based on national law and its interpretation by member state courts.

6. This interpretation is also supported by the fact that the parliamentarization of the institutional system of the legal predecessors of the EU was chosen as a legitimization strategy following the example of the member states. See Kohler-Koch, B. - Rittberger, B. (eds.) *Debating the Democratic Legitimacy of the European Union*. Lanham 2007, pp. 111–133. For this, cf. also the development of the discussion on parliamentarism in the EU context. See Von Bogdandy, A. *Parlamentarismus in Europa: eine Verfalls- oder Erfolgsgeschichte?* Archiv des öffentlichen Rechts, 2005, No. 3.

6. Klamert, M. Commentary on the EU Treaties and the Charter of Fundamental Rights. Oxford 2019, p. 109. See also the Judgment of the Court of 6 October 2015 in case C 650/13, paragraph 44.

7. Von Bogdandy, A. - Bast, J. (eds.) *Principles of European Constitutional Law*. 2nd edition, Oxford 2010, p. 50. Lenaerts, K. *European Union*. 3rd edition, London 2011, pp. 743–744.

8. Kohler-Koch, B. - Rittberger, B. (eds.) *Ibid.*, p. 145. Traditionally, the democratic legitimacy of parliament does not derive only from the fact that it is directly elected. It is also about what happens between elections. Parliament must constantly be confronted with the expressions of opinion in society, which then guide its actions. However, political unity in the EU has not yet developed to the extent that the EP can rely on it in its decision-making to represent the interests of citizens, as the national parliaments do. Grimm, D. *The Constitution of European Democracy*. Oxford 2017, pp. 101–104.

9. Klamert, M. *Ibid.*, p. 110.

10. Von Bogdandy, A. - Bast, J. (eds.) *Ibid.*, pp. 47–50.

11. Montesquieu states that the enshrinement of the right to vote is a fundamental prerequisite for any democratic system. Democracy, unlike aristocracy, confers this right on every citizen. It understands the right to vote not only as the right of citizens to decide on their representatives, but also as the right to decide on certain matters directly. Montesquieu, C.H. *The Spirit of Laws*. Kitchener 2001, p. 25.

12. It is to be an agreement with a particular political conception, based on the broader moral, religious and philosophical views of each individual, on which they agree. Everyone is then eligible for such consent on the basis of certain characteristics. First, it is the capacity to make moral judgments about what is the common good. It is also that the individual feels both entitled and obliged to influence the actions of state institutions in accordance with his or her own conception of the common good. Rawls calls the exercise of this entitlement the exercise of political autonomy. Rawls, J. *Political Liberalism*. New York 1993, pp. 30–34, pp. 144–150.

13. Bobbio, N. *The Future of Democracy*. Minneapolis 1987, pp. 47–51.

14. Kelsen, H. *Foundations of Democracy*. Ethics, 1955, Vol. 66, No. 1, Part 2, p. 18.



choice¹⁵. In this context, Kelsen points out that representative democracy is based on free competition between political parties. If it were not, it would no longer be a form of government based on the right to self-determination¹⁶.

Bobbio describes the close historical connection between the principle of political autonomy and the principle of transparency. Democracy is traditionally associated with the openness of governance. After all, this is one of the basic differences between democracy and autocracy. The principle of transparency essentially means that every act of governance must be open to public scrutiny. This has a double effect. Not only does it enable the citizen to actually control the activity of the public authority and then make an informed decision in the upcoming elections. But it also works in itself as a tool of self-control of public power. Its executors will always face the question of whether or not the given decision may arouse the public's displeasure¹⁷. The principle of transparency is incorporated into EU law by Article 10, paragraph 3 TEU. According to this provision, decisions shall be made as openly and as close to citizens as possible.

2.3 Autonomy and the Concept of General Will

The conviction that democracy is not defined by the mere ability of citizens to make majority decisions on public affairs is shared by Rousseau. In his view, mere majority rule as a decision-making procedure is essentially a form of oppression, unless such decision-making is tied to the will of individual citizens. Rousseau allows for differences in the attitudes of individual citizens, but this does not compromise their autonomy, as long as there is agreement among individuals

on fundamental values¹⁹. Rawls makes a similar point when he sees basic democratic principles, rather than general religious, moral, or philosophical doctrines, as the bond between citizens²⁰.

According to some authors, it is sufficient if the citizen gets the impression that his will is duly taken into account by public authorities. Kant or Descartes, on the other hand, sees each individual citizen governed by a universal rationality. The latter, in effect, ensures that decision-makers decide for others as they would for themselves²¹.

Not only public authorities, but also individual citizens must act in accordance with the general will of the citizens when exercising the right to vote, i.e. political (public) power²². In this context, however, Tocqueville speaks as early as 1848 of a certain degeneration in the behaviour of voters, who often vote for personal gain rather than for the promotion of a generally shared idea²³.

2.4 Autonomy and the Democratic Method of Decision-Making

Kelsen and Schumpeter argue against such a notion and against the view of representative democracy as a method of representing the general interest or the common good. According to Schumpeter, the common good does not exist and is an illusion. However, even if it did exist, it would be difficult to recognize and implement in the decision-making process. Schumpeter adds that it is possible to imagine a common goal among all members of a given community, but no longer a general agreement on how to achieve it.

Therefore, paradoxically, such a goal can be realized in an autocracy rather than a democracy. He then considers the presuppositions of an individual's rational reasoning about public affairs. He concludes that, unlike his private affairs, the individual solves public problems often under the influence of irrational feelings and impressions. This in itself, according to Schumpeter, then undermines the notion of enlightened decision-making by state authorities in the public interest²⁴.

Alternatively, this lack of rationality among citizens leads to the creation of the general interest from above. Despite these facts, the understanding of representative democracy as a method of representing the general interest still has its supporters. Schumpeter compares them to believers and their understanding of democracy to a belief in God²⁵.

Kelsen sees the participation of the governed in governance through elections as an indisputable element of a democratic system of government, in line with the meaning of democracy in ancient Greece. Moreover, he expresses the conviction that decision-making in the general interest cannot at all be regarded as an exclusive feature of democracy. He illustrates this by the example of certain autocracies whose governments have historically been legitimised by reference to the general interest of the people or nation (ethnic group)²⁶.

Schumpeter also tends to understand representative democracy as a method of citizens electing decision-makers. Unlike Kelsen, however, he limits their participation in decision-making to the election itself. This means that decisions are made by members of parliament regardless of the electorate²⁷.

Kelsen connects the issue of the general interest with the requirement of effective governance. He states that the aim of democracy is not to ensure the most efficient decision-making, but to maximise the participation of the governed in this decision-making. He also warns of the danger of redefining democracy as a form of government in which decisions are supposed to be made in the interests of the governed, but in which the governed have no real influence on such decisions²⁸. However, the primacy of effective decision-making over democratic principles may be desirable from the point of view of democracy, as long as it is preserved as a whole. Thus, the executive and the judiciary are often appointed to their posts in a less democratic way and on the basis of different criteria than is normally the case for legislators. This is linked to the phenomenon of the bureaucratisation of governance. It is appropriate from a democratic point of view if the decision-making of officials as experts on a particular issue is allowed where matters are

technical. That is to say, matters whose solution is the content of objective scientific knowledge²⁹.

2.5 Autonomy and the Majority Rule

Under Article 231 TFEU, the European Parliament acts by a majority of the members present, unless the Treaties provide otherwise. Majority decision-making as a method of taking political decisions has a long tradition in Europe.

It has spontaneously become embedded in the decision-making processes of various European countries³⁰. Its persuasiveness was probably the main motivation for its introduction. Decisions taken through it were thus to be seen as expressions of the general interest and widely accepted. If the minority did not see the general interest behind them, they were at least accepted on the basis that physical resistance against the majority would not make sense³¹.



Kelsen sees simple majority decision-making as a way to maximise the assertion of political autonomy in collective decision-making. Those who disagree with a given decision will inevitably always be fewer than those who enforce it. At the same time, changing the status quo is made possible for the smallest number of decision-makers. There is therefore no danger of a situation where the majority of them cannot change the status quo even if they disagree with it. This would occur if the decision were taken by qualified majority or unanimously³². Rousseau, on the other hand, sees in such a way of decision-making a greater chance that the general will be promoted and not just an opinion on what the general will is³³. Instead of the general will, Kelsen posits the protection of minorities as an essential element of democracy. This is secured by limiting the majority rule in its scope with respect to certain fundamental individual rights and freedoms. Modern democracy is thus necessarily linked to the idea of liberalism³⁴.

15. Przeworski, A. *Democracy and the Limits of Self-Government*. Cambridge 2010, chapter 5.

16. Kelsen, H. *Ibid.*, p. 10.

17. Bobbio, N. *Ibid.*, pp. 33–34.

18. Rousseau, J. *The Social Contract*. 1970, book 2. Moreover, Rousseau distinguishes between lawmaking and its implementation in concrete cases (governance). The first of these activities legitimately belongs to the sovereign, which is defined as the collective of all members of a given community established by social contract. The latter belongs, in a democracy, to at least half of these subjects. Therefore, Rousseau argues that democracy as a form of government is more appropriate for smaller states where citizens know each other and can easily assemble to exercise governance. Today's understanding of democracy is thus far removed from Rousseau's, and he would probably call it an aristocracy, that is, government by a smaller group of

persons who are elected. Rousseau, J. *Ibid.*, book 3. In this context, Rousseau argues that the will of the citizens as sovereign cannot be represented when it comes to enacting legislation. Thus, in a representative democracy, citizens are free only at the moment of election. Rousseau, J. *Ibid.*, book 4.

19. Przeworski, A. *Ibid.*, pp. 20–21.

20. Rawls, J. *Ibid.*, p. 42. He collectively calls these basic democratic principles constitutional consensus and ranks among them procedural rules relating to democratic governance (division of powers, specification of majority rule) and the rights associated with them, e.g. the right to vote and associate in political parties. RAWLS, J. *Ibid.*, pp. 158–159.

21. Post, R. *Democracy and Equality*. *The Annals of the American Academy of Political and Social Science*, vol. 603, 2006, p. 27.

22. Rawls, J. *Ibid.*, pp. 216–217, p. 235.

23. Bobbio, N., p. 36.

24. Schumpeter, J. *Capitalism, Socialism and Democracy*. New York 1942, p. 250.

25. Schumpeter, J. *Ibid.*, pp. 251–265.

26. Kelsen, H. *Ibid.*, p. 2.

27. Schumpeter, J. *Ibid.*, p. 269.

28. Kelsen, H. *Ibid.*, p. 32, 75.

29. Kelsen, H. *Ibid.*, pp. 76–77.

30. Heinberg, J. *History of the Majority Principle*. *American political science review*, vol. 20, 1926, pp. 52–68.

31. Przeworski, A. *Ibid.*, pp. 33–37.

32. Kelsen, H. *Ibid.*, pp. 24–25.

33. Rousseau, J. *Ibid.*, book 4.

34. Kelsen, H. *Ibid.*, pp. 27–28.



Bobbio sees a liberal state establishment (Rechtstaat) as a necessary prerequisite for citizens to be able to really choose between different alternatives in elections. For this, it is necessary that their representatives have certain rights guaranteed by the constitution. Among them he ranks freedom of opinion, freedom of speech, of assembly, of association, etc.³⁵

2.6 Autonomy and the Principle of Political Equality

If EU law defines representative democracy as a form of government that reflects the right to self-determination of each citizen (the concept of political autonomy), then their equality necessarily follows. Specifically, equality in the ability to influence decision-making on public affairs, i.e. political equality³⁶.

Such a connection was already seen by John Locke in 1689, when he called the natural freedom of every man as a state of insubordination to any other man his equal right³⁷. In this context, Montesquieu expresses the idea that democracy is based on equal active suffrage, whereas the right to be elected can only be reserved for a narrower group of citizens. However, he distinguishes between equality before the law, i.e. between individuals as citizens, and equality in fact, which can lead to anarchy and, consequently, to despotism as the unlimited rule of the individual³⁸. Kelsen speaks of equality as a fundamental value of democracy that is inherent in every human being³⁹. Some authors also mention the concept of anonymity in this context. This is defined as the equality of citizens

before the law, regardless of their real social inequality⁴⁰. According to Rousseau, the social contract (the state system) replaces the real inequality between individuals with a moral and legitimate legal equality⁴¹.

However, some authors, such as Charles Beitz, rightly argue that political equality conceived in that way is not in itself a guarantee of a truly equal exercise of the rights attached to it. In the history of democratic systems, for example, we can encounter the problem of equal access to education, without which the full exercise of political rights is hardly conceivable⁴². Bobbio includes the principle of one vote per citizen in the basic definition of representative democracy. However, the reality is often different. Some particular interests are able to prevail at the expense of others due to the greater wealth and better organization of those who promote them. Bobbio follows Rawls when he claims that modern democracy must be based on respect for civil and political rights, but also social rights. According to him, this is the way to correct real political inequality⁴³. Kelsen adds that the equality between those who rule and the ruled, typical of democracies, is not a defining feature of autocracies. Autocracy as a form of government, on the other hand, requires a relationship of superiority and subordination between the rulers and the ruled⁴⁴.

Political equality of EU citizens is enshrined in Article 9 TEU in connection with Article 10(2) TEU. Representative democracy is thus explicitly defined in EU primary law not only in terms of political autonomy but also in terms of political equality. Article 14(2) TEU is unconceptual in terms of the provisions on political equality of EU citizens. It sets out the basic rules for the composition of the EP in a way that favours voters from less populous Member States.

They each have the opportunity to decide on the composition of a larger part of the EP compared to voters from more populous member states. This article reflects a compromise between the political equality of EU citizens and the equality of member states, which the EU must respect according to Article 4(2) TEU⁴⁵.

3. Conclusion

As it emerged from the analysis carried out, the EU's representative democracy is based on principles that correspond to the main principles of modern European democracy, which has been theoretically and practically developed on our continent since the 18th century. And this despite the fact that the starting points for democratization of the EU are different from those of national states.

As far as the principle of political autonomy is concerned, at the EU level it depends both on the self-determination of EU citizens and on the self-determination of citizens of individual member states. As follows from the Treaties, the EP decides by majority, with exceptions. At the same time, majority decision-making in general is widely understood as an expression of the rule of the majority, which the minority must tolerate.

However, it is true that EP members exercise a so-called independent mandate in accordance with EU regulations. In theory, the latter is usually associated

with the duty of the member of parliament to represent the general interest of the citizens of the given community when making decisions.

Regardless of whether the Union civil society has or does not have a common identity, at least on a legal level, it is considered as a source of democratic legitimacy for the decision-making of the EU bodies as a whole (demos). Such a conclusion follows not only from the legal regulation of the mandate of a member of the EP, but also from the manner in which political parties are regulated at the EU level in the EU Treaty.

Summary:

This article provides an analysis of the legal regulation of the EU's concept of representative democracy, which is found in particular in Title II of the EU Treaty. In doing so, it identifies the basic decision-making rules of the EU's representative bodies. Representation of EU citizens by the EP and representation of the citizens of individual Member States by the members of the Council and the European Council. It then places the results of this analysis in the broader political-philosophical context of democratic theory. The latter is based on two strands of opinion. The first bases the legitimacy of decision-making on the rule of the majority resulting from democratic elections, while the second adds the requirement to represent the general interest of all citizens. The conclusion of this article is that EU representative democracy is objectively based on European democratic theory, although it is conceived in dual terms. At the EU level, it is based on the requirement to represent the general interest.

Keywords: Representative Democracy, EU, Political Autonomy, Political Equality, Majority Rule, General Interest.

Zusammenfassung:

Der Beitrag analysiert die rechtliche Ausgestaltung des EU-Konzepts der repräsentativen Demokratie, das sich insbesondere in Titel II des EU-Vertrags findet, und identifiziert dabei die grundlegenden Entscheidungsregeln der repräsentativen Organe der EU: die Vertretung der EU-Bürger durch das EP und die Vertretung der Bürger der einzelnen Mitgliedstaaten durch die Mitglieder des Rates und des Europäischen Rates. Anschließend werden die Ergebnisse dieser Analyse in den breiteren politisch-philosophischen Kontext der Demokratietheorie gestellt. Letztere stützt sich auf zwei Meinungsstränge. Die erste stützt die Legitimität der Entscheidungsfindung auf die Herrschaft der Mehrheit, die sich aus demokratischen Wahlen ergibt, während die zweite das Erfordernis hinzufügt, das allgemeine Interesse aller Bürger zu vertreten. Die Schlussfolgerung dieses Artikels lautet, dass die repräsentative Demokratie der EU objektiv auf der europäischen Demokratietheorie beruht, obwohl sie in zweifacher Hinsicht konzipiert ist. Auf EU-Ebene beruht sie auf dem Erfordernis der Vertretung des allgemeinen Interesses.

Schlüsselwörter: repräsentative Demokratie, EU, politische Autonomie, politische Gleichheit, Mehrheitsregel, allgemeines Interesse.



Über den Autor: Mgr. Florián Doležal, Juristische Fakultät der Karls-Universität Prag, Lehrstuhl für Europarecht/Právnícká fakulta University Karlovy, katedra evropského práva; E-Mail: flodolezal@gmail.com

35. Bobbio, N., p. 25.

36. Post, R. Democracy and Equality. *The Annals of the American Academy of Political and Social Science*, vol. 603, 2006, pp. 28–29. KOCHENOV, D. Citizenship without respect: The EU's Troubled Equality Ideal. *Jean Monnet Working Paper*. 2010, vol. 10, No. 8, p. 17.

37. Locke, J. *Two Treatises of Government*, New York 1947. Rousseau, J. *Ibid.*, book 2, Rawls, J. *Ibid.*, p. 4. Further, cf. Art. 1 Declaration of the Rights of Man and Citizen of 26/8/1789 and the Declaration of Independence of the United States of America of 4 July 1776.

38. Montesquieu, CH. *Ibid.*, pp. 27–28, pp. 131–132.

39. Kelsen, H. *Ibid.*, p. 18.

40. Przeworski, A. *Ibid.*, 66–67.

41. Rousseau, J. *Ibid.*, book 1.

42. Przeworski, A. *Ibid.*, 72–73.

43. Bobbio, N., pp. 5–15.

44. Kelsen, H. *Ibid.*, p. 30–31.

45. Klamert, M. *Ibid.*, p. 139. On the conflict with the principle of respect for the national identity of the member states, see Lenaer



© Miroslav Uříčar

Privacy Protection vs. Fight against Terrorism. Comparison of recent decisions of the CJEU and the Constitutional Court of the Czech Republic

1. Data Retention obligation – basic facts

1.1. Definition of the Data Retention obligation

The Data Retention obligation refers to the obligation of providers of electronic communications services and operators of electronic communications networks (hereinafter referred to as the operators') to retain traffic and location data of subscribers and users of their services and networks for the period of time specified by law. This period varies in the legislation of EU Member States, ranging from 6 months to 2 years. The purpose of the data retention is exclusively for the possible use by public authorities, which are explicitly authorised to request the data; the operators may not use the stored traffic and location data for their own purposes. Traffic data means "any data processed for the purpose of the conveyance of a communication on an electronic communications network or for the billing thereof", location data is defined¹ as "any data processed in an electronic communications network, indicating the geographic position of the terminal equipment of a user of a publicly available electronic communications service"².

Originally, the Data Retention Directive³ (hereinafter referred to as the "Data Retention Directive") laid down the basis for the Data Retention obligation, including the retention period and certain other aspects, and within its limits, the individual national legal regulations that transposed this directive. The obligation to retain traffic and location data remained even after the directive was declared invalid by the CJEU and is now only enshrined in national legislation.

1.2. Development of the Data Retention obligation

A fundamental aspect in the creation of the Data Retention obligation in EU law was the effort to introduce effective means of combating terrorism and organised crime⁴. The first draft of the Data Retention Directive prepared by the European Commission was approved by the European Parliament on 15 March 2006, despite critical views, especially from the data protection supervisory authorities of the EU Member States. The Directive imposed an obligation on EU Member States to adopt national legislation establishing an obligation for electronic communications operators to retain

all traffic and location data of all subscribers to their networks and services for a minimum of 6 months and a maximum of 2 years, in case of a request for such data for the purpose of investigating serious crime.

Some EU Member States had already enshrined the Data Retention obligation in national legislation in some form prior to the adoption of the Data Retention Directive. In the case of the Czech Republic, the Data Retention obligation can be considered to date back to the entry into force of the Telecommunications Act on 1 July 2000⁵, which for the first time in the Czech legal system imposed an obligation on operators to provide the authorised authorities with specified traffic data retrospectively for a period of "at least two months". However, this did not include the retention of data categories which the operators would not otherwise process for their own purposes and thus it was not yet the obligation to retain traffic and location data on a blanket basis only for possible requests by the authorised authorities. Such obligation has been part of the Czech legal system only since 22 February 2005, when the Electronic Communications Act⁶ (hereinafter referred to as the "ECA")⁷ was adopted. The explanatory memorandum to the government's draft of this act does not mention any negative impact on the protection of privacy, on the contrary, it explicitly states that the new regulation imposes obligations aimed at protecting the privacy of users and subscribers.

1.3. Fundamental rights and freedoms affected by the Data Retention obligation

The author is convinced that this obligation constitutes a significant interference with specific fundamental rights and freedoms, as is evident from numerous decisions of the CJEU as well as of the Constitutional Court of the Czech Republic and the constitutional courts of other EU Member States. The rights thus affected include, in particular, the right to respect for private and family life, home and, explicitly, communication under Article 7 of the Charter of Fundamental Rights of the European Union⁸ (hereinafter referred to as the "EU Charter"), since the retention of traffic and location data for the purpose of their possible disclosure to authorised authorities directly affects private life. Likewise, the right to the protection of personal data under Article 8 of the EU Charter is among the rights at stake here, as the retention of traffic and location data is generally processing of personal data within the meaning of that Article, as the CJEU has repeatedly held⁹. In assessing

the Data Retention obligation, the courts have also considered a possible interference with certain other fundamental rights, in particular the right to freedom of expression and information, which also includes the freedom "to receive and impart information or ideas without interference by public authority", guaranteed to everyone in Article 11 of the EU Charter. While the content of communications is not retained under the Data Retention obligation, the retention of a range of other data may, according to some expert views, have a negative impact on the use of communications by users of electronic communications services and, consequently, on the exercise of freedom of expression. The text of the EU Charter was largely inspired by the text of the Convention for the Protection of Human Rights and Fundamental Freedoms¹⁰, as it also states in its preamble. Given the scope of the text, the author will limit himself to the right to informational self-determination, which the European Court of Human Rights ("ECHR") derives from the Convention. According to the ECHR, the right to informational self-determination also includes the collection and storage of data relating to an individual's private life.



According to the ECHR, the term "private life" has to be interpreted as meaning that the right to privacy includes, inter alia, the right to protection from surveillance, monitoring and harassment by public authorities, including in public spaces or places open to the public¹¹. Similarly, according to the ECHR, professional, business or social activities cannot be excluded from the concept of "private life"¹².

Prior to the Data Retention obligation, established decision-making practice had already applied the provisions of Article 8 of the Convention not only to the content of telephone messages, but also to traffic and location data¹³ as an "integral part of the communication made by telephone" which, together with the content of the communication (and similarly to the

1. DIRECTIVE 2002/58/EC OF THE EUROPEAN PARLIAMENT AND OF THE COUNCIL of 12 July 2002 concerning the processing of personal data and the protection of privacy in the electronic communications sector (Directive on privacy and electronic communications), Art. 2 b) and c).

2. Definitions in the legal system of the Czech Republic are formulated similarly, see Art. 90(1), art. 91(1), Act No. 127/2005 Col. on Electronic Communications, as amended.

3. DIRECTIVE 2006/24/EC OF THE EUROPEAN PARLIAMENT AND OF THE COUNCIL of 15 March 2006 on the retention of data generated or processed in connection with the provision of publicly available electronic communications services or of public communications networks and amending Directive 2002/58/EC.

4. See Council of the European Union, 2477th Council meeting - JUSTICE AND HOME AFFAIRS, 19 December 2002, European Commission, Report on the Implementation of the European Security Strategy - Providing Security in a Changing World, 11 December 2008, European Council, Declaration on Combating Terrorism, 25 March 2004.

5. Section 86 of Act No. 151/2000 Coll. on Telecommunications and on Amendments to Other Acts.

6. Act No. 127/2005 Coll. on Electronic Communications and on Amendments to Certain Related Acts.

7. Section 97(3) ECA.

8. Charter of Fundamental Rights of the European Union (2016/C 202/02; OJ C 202, 7.6.2016, pp. 389-405).

9. On this, see, for example, the judgment of the Court of Justice of the EU (Grand Chamber) of 9 November 2010, Volker and Markus Schecke GBR (C-92/09) and Hartmut Eifert (-93/09) v Land Hessen Reference for a preliminary ruling; Verwaltungsgericht Wiesbaden - Germany, Joined Cases C 92/09 and C 93/09.

10. Convention for the Protection of Human Rights and Fundamental Freedoms, together with the Additional Protocol and Protocols Nos. 2, 4, 6 and 7.

11. See Judgment of the European Court of Human Rights, dated 2 August 1984. Case of Malone v. The United Kingdom (Application no. 8691/79).

12. See Judgment of the European Court of Human Rights, dated 16 December 1992. Case of Niemietz v. Germany (Application no. 13710/88), European Court of Human Rights.

13. See Judgment of the European Court of Human Rights, dated 2 August 1984. Case of Malone v. The United Kingdom (Application no. 8691/79) or Judgments of the Federal Constitutional Court of Germany - Bundesverfassungsgericht 1 BvR 668/04. Urteil vom 27. Juli 2005 (Vorbeugende Telekommunikationsüberwachung) 1 BvR 370/07, 1 BvR 595/07. Urteil vom 27. Februar 2008 (Grundrecht auf Computerschutz).

content), is subject to the constitutional protection of the right to respect for private life in the form of the right to informational self-determination.

In the legal system of the Czech Republic, the Constitution¹⁴ and the Charter of Fundamental Rights and Freedoms¹⁵ (hereinafter referred to as "the Charter") are fundamental in relation to the assessment of the fundamental rights and freedoms potentially affected by Data Retention obligations. Article 1(1) of the Constitution of the CR enshrines the normative principle of the democratic rule of law, which is the fundamental rule of interpretation in relation to all other articles of the Constitution; according to this rule, the rule of law is to be understood as a state *"in which state power is exercised only on the basis of law within the framework of law and by means of law"*¹⁶. The Data Retention obligation represents an interference with several fundamental rights guaranteed by the Charter. In particular, these include the fundamental principle of inviolability of the person and its privacy under Article 7, the right to protection against unwarranted interference with private life and the right to protection against unlawful collection, disclosure or other misuse of personal data under Article 10(2) and (3), the right to informational self-determination derived from Article 10(3) in connection with Article 13 and secrecy of correspondence and similarly also secrecy of telecommunications, i.e. *"the secrecy of messages delivered by telephone, telegraph or other similar device"* under Article 13. The Constitutional Court of the CR, similarly to the ECHR, applies Article 13 of the Charter not only to the content of telephone messages but also to traffic and location data¹⁷.

2. Landmark court decisions related to the Data Retention obligation

2.1. Czech Republic – decisions of the Constitutional court

The Constitutional Court of the CR has ruled on Data Retention legislation three times so far, all three decisions can be described as fundamental. In the ruling Pl. ÚS 24/10¹⁸, the Constitutional Court of the CR annulled the Data Retention legislation contained in the ECA¹⁹ and the implementing decree to the ECA²⁰ as non-compliant with the constitutional requirements for legislation allowing interference with the fundamental right to privacy protection²¹. In this ruling, the Constitutional Court of the CR also defined the constitutional requirements that have to be met by legislation interfering with the fundamental rights

and freedoms of individuals in the area of the right to privacy and the right to informational self-determination. At the same time, the Court did not grant the request for a preliminary ruling to the Court of Justice of the EU regarding the invalidity of the Data Retention Directive, as it did not share the view that *"the Data Retention Directive itself ... is contrary to EC law"*. According to the author's assessment, here the Constitutional Court of the CR was only considering the formal aspect of the Data Retention transposition, which is probably why it came to a significantly different conclusion than the subsequent CJEU.

In its ruling, the Constitutional Court of the CR stated that restrictions on the personal integrity and privacy of persons by public authorities may occur only exceptionally and under certain conditions. It is necessary that the individual *"be provided with sufficient guarantees and safeguards against possible abuse of power by the public authorities"*. Such guarantees consist, firstly, in the existence of appropriate legislation and, secondly, in the existence of effective monitoring of compliance with that legislation. The legislation has to comply with the requirements of the rule of law and the proportionality test, and, according to the Constitutional Court, it has to be *"precise and clear in its wording and sufficiently predictable"*, including a strict definition of the powers conferred on the competent authorities and the manner and rules of their implementation, in order to protect individuals against arbitrary interference. The Constitutional Court of the CR criticised the legislation under review first of all for the vague and completely indeterminate definition of the authorities authorised to request the retained data, as well as for the unclear and imprecise definition of the purpose for which the traffic and location data are provided to the authorised authorities, which makes it impossible to assess the regulation in terms of its necessity.

In the subsequent ruling Pl. ÚS 24/11²², the Constitutional Court of the CR decided to repeal the provisions of the Criminal Procedure Code²³ which, following the regulation of Data Retention in ECA, regulated the conditions for the use of stored data for the purposes of criminal proceedings. In its previous ruling, the Constitutional Court was not entitled to deal with these provisions of the Criminal Procedure Code as they were not challenged by the appellants; however, in this ruling, it has already explicitly mentioned it as a legal regulation which exhibits the same shortcomings as the repealed Data Retention regulation in ECA.



The third important ruling of the Constitutional Court of the CR was the Ruling Pl. ÚS 45/17²⁴. The Constitutional Court of the CR rejected the proposal of a group of members of the Chamber of Deputies of the Parliament of the CR to repeal the provisions regulating the Data Retention obligation in the ECA, the Criminal Procedure Code and the Act on Police. The Court concluded that the contested legislation *"in the context of today's social and technological developments"* fulfils the *"requirement of proportionality of the interference with the right to privacy"* and can be *"interpreted in a constitutionally compliant manner"*. The author notes that *"in this context, it is worth noting that, for example, the Constitutional Court of the Slovak Republic, when examining the Slovak legislation based on very similar grounds, came to a completely different conclusion and repealed the Slovak Data Retention legislation"*²⁵, as set out further in this text.

However, in this ruling, the Constitutional Court of the CR clearly expressed its opinion on the seriousness of the interference with the right to privacy represented by the mandatory processing of traffic and location data, stating that *"the so-called 'metadata' about the communication made (i.e. everything except the content) may in fact be much more valuable and in fact more risky than the knowledge of the content of the communication itself in terms of interference with the privacy of the individual, as it is machine-processable and analysable; the results of such processing can then be used to infer the future behaviour of the individual"*²⁶.

2.2. Decisions of the Court of Justice of the EU concerning Data Retention

The CJEU has already dealt with the issue of Data Retention on several occasions. The most significant is undoubtedly its judgment of 8 April 2014 in Joined Cases C-293/12 and C-594/12, which declared the Data Retention Directive invalid²⁷. The preliminary ruling proceedings in relation to the Data Retention Directive was initiated before the CJEU by two national courts, the Irish High Court and the Austrian Constitutional Court, at the initiative of the Govern-

ment of the Province of Carinthia, which was joined by 11,130 other claimants seeking the annulment of provisions of the Austrian Telecommunications Act implementing the Data Retention Directive.

In its judgment, the Grand Chamber of the CJEU declared the Data Retention Directive invalid, concluding that by adopting the Directive the EU legislator had exceeded the limits imposed by the proportionality requirement of the EU Charter. As specific reasons for its decision, the CJEU cited in particular the breadth of the invasion of privacy that occurs under the Data Retention Directive - all fixed, mobile and internet traffic data of the entire European population, with all categories of data being retained for the same length of time without distinction, the unrestricted access by national authorities to the data retained, and the fact that the Directive does not require prior review of disclosure requests by an independent court.

In a further judgment in Joined Cases C-203/15 and C-698/15²⁸, the CJEU held that the ePrivacy Directive²⁹, read in conjunction with the relevant articles of the EU Charter, has to be interpreted as precluding national legislation based on the blanket retention of all traffic and location data of all subscribers and users, even if such national legislation was adopted for the purpose of combating crime. The CJEU has also held in this ruling that the ePrivacy Directive has to be interpreted as precluding national legislation which regulates the protection and security of traffic and location data, including access to the stored data by the competent national authorities, but which does not meet the following requirements: (1) it does not limit such access solely for the purpose of combating serious crime, (2) it does not make such access subject to prior review by a court or an independent administrative authority, and (3) it does not require that the data in question be stored within the territory of the EU.

The CJEU has also reached similar conclusions in other cases concerning Data Retention in the laws of several EU Member States. This was the case in relation to the

14. Constitutional Act No. 1/1993 Coll., the Constitution of the Czech Republic, as amended by subsequent constitutional acts.

15. Resolution of the Presidium of the Czech National Council No. 2/1993 Coll. of 16 December 1992 on the proclamation of the Charter of Fundamental Rights and Freedoms as part of the constitutional order of the Czech Republic, as amended by later constitutional laws.

16. Hendrych, D.; Svoboda, C. Ústava České republiky: komentář. 1. vydání. Praha: C.H. Beck, 1997. 262 p.

17. In this respect, see e.g. the Ruling of the Constitutional Court of the Czech Republic, Case No. II ÚS 502/2000 of 22 January 2001, or the Ruling of the Constitutional Court of the Czech Republic, Case No. IV ÚS 78/01 of 27 August 2001; similarly, the Rulings of the Constitutional Court of the Czech Republic, Case No. I ÚS 191/05 of 18 September 2006, or Case No. II ÚS 789/06 of 27 September 2007.

18. Ruling of the Constitutional Court of the Czech Republic Pl. ÚS 24/10 of 22 March 2011.

19. Section 97(3) and (4) ECA.

20. Decree of the Ministry of Informatics No. 485/2005 Coll. on the scope of traffic and location data, the period of their storage and the form and manner of their transmission to the authorities authorised to use them.

21. The Constitutional Court of the Czech Republic issued this ruling in proceedings initiated on the motion of 51 members of the Chamber of Deputies of the Parliament of the Czech Republic.

22. Ruling of the Constitutional Court of the Czech Republic, Pl. ÚS 24/11 of 20 December 2011.

23. Section 88a of Act No. 141/1961 Coll. on Criminal Procedure (Criminal Procedure Code), as amended.

24. Ruling of the Constitutional Court of the Czech Republic Pl. ÚS 45/17 of 14 May 2019.

25. Uřířač, M. Quo vadis, Data Retention. In: Porada, V., Rais, K. (eds), Právní, kriminologické, kriminologické, technologické a ekonomické aspekty kybernetické kriminality a bezpečnosti. Pocta Vladimíru Smejkalovi, Brno: Akademické nakladatelství CERAM, s.r.o., 2021.

26. Uřířač, M., Rámiš, V. a kol. Obecné nařízení o ochraně osobních údajů. Komentář. 1. vydání. Praha: C. H. Beck, 2021, s. 106.

27. Judgment of the Court of Justice of the EU (Grand Chamber) of 8 April 2014. Digital Rights Ireland Ltd v Minister for Communications, Marine and Natural Resources and Others and Kärntner Landesregierung and Others. References for a preliminary ruling from the High Court (Ireland) and the Verfassungsgerichtshof (Austria). Joined Cases C-293/12 and C-594/12.

28. Judgment of the Court of Justice of the EU (Grand Chamber) of 21 December 2016 in Joined Cases C-203/15 and C-698/15. Requests for a preliminary ruling from the Kammarrätten i Stockholm and Court of Appeal (England & Wales) (Civil Division).

29. Directive 2002/58/EC of the European Parliament and of the Council of 12 July 2002 concerning the processing of personal data and the protection of privacy in the electronic communications sector (Directive on privacy and electronic communications).



laws of France and Belgium in Joined Cases C-511/18, C-512/18 and C-520/18³⁰, Estonia in Case C-746/18³¹, Ireland in Case C-140/20³² or Germany in Joined Cases C-793/19 and C-794/19³³, in which the CJEU stated that "EU law precludes the general and indiscriminate retention of traffic and location data, except in the case of a serious threat to national security".

2.3. Landmark court decisions in selected EU member states

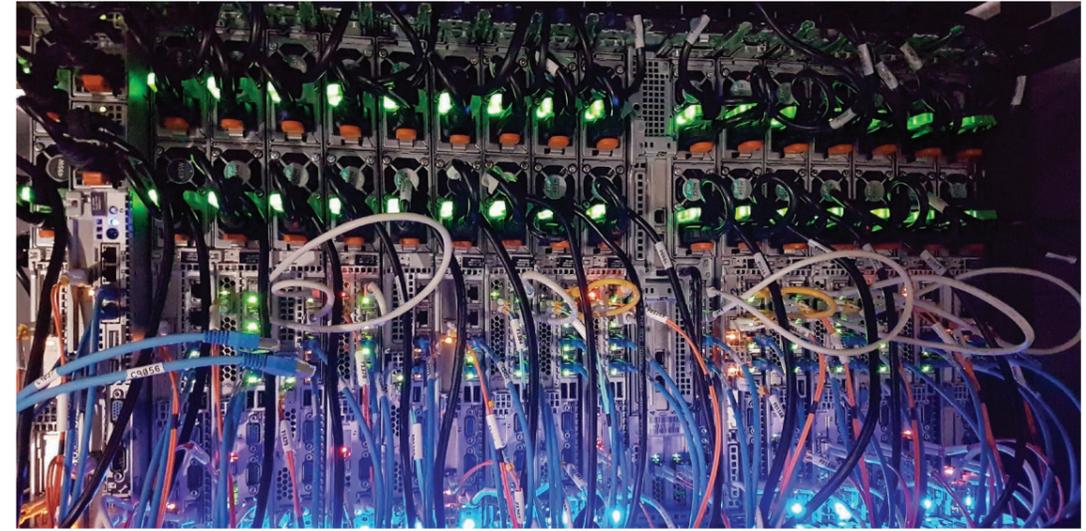
Courts in a number of EU Member States have assessed Data Retention legislation, mostly prior to the repeal of the Data Retention Directive by the CJEU. The author considers the decisions of the Federal Constitutional Court of Germany and the Constitutional Court of the Slovak Republic to be particularly significant in this case.

The Federal Constitutional Court of Germany was one of the first courts of the EU Member States to annul national Data Retention legislation with its decision³⁴ already in 2010. The court found the challenged provisions of the Telecommunications Act³⁵ and Criminal Procedure Code³⁶ to be in breach of Article 10(1) of the Constitution of the Federal Republic of Germany, which guarantees the right to protection of secrecy of letters, mail and telecommunications. For that reason, the court declared those provisions invalid and also ruled that the data collected under the repealed provisions has to be deleted immediately by the electronic communications operators and may not be passed on to the authorised authorities. In reaction,

the German government drafted a new national Data Retention regulation only in 2015, with a very short retention period of 10 weeks for defined categories of traffic data and only 4 weeks for location data and a number of other restrictions; the German legislator adopted the proposal³⁷.

Thus, in Germany, there was no Data Retention legislation for more than 5 years, during which time law enforcement authorities did not have access to traffic and location data retrospectively, but only from the moment of request for specific persons. This raises the question of the actual necessity of traffic and location data for the purposes of criminal investigations in practice, i.e. the question of the necessity of the Data Retention obligation, which, in the author's view, cannot be ignored when assessing the proportionality test also in the Czech legislation.

The author considers the ruling of the Constitutional Court of the Slovak Republic (Case No. PL ÚS 10/2014³⁸) relevant not only with regard to the similarities of legal cultures, but also other common features between the Czech and Slovak Republics and the resulting possibility of comparing the "data freeze" variant adopted by Slovakia with the solution in the Czech Republic. The Constitutional Court of the Slovak Republic ruled that the contested provisions are not in conformity with the constitutional provisions of the Slovak Republic as well as international treaties; consequently, these provisions lost their effectiveness on the day of the promulgation of the ruling and if



the National Council of the Slovak Republic does not bring them into conformity with these provisions within six months, they will also lose their validity. As the author has briefly summarized in another text on this issue, "In response, the Government of the Slovak Republic prepared an amendment to the relevant legislation as early as August 2015", which "Instead of the blanket preventive retention of traffic and location data, introduced a dual regime - first, the obligation of the operators to hand over to the authorised authorities, upon their request, traffic and location data that the operator has available for other reasons recognised by law ..., and, in addition, the so-called 'data freeze' - the obligation to store only traffic and location data of a specific person identified in the request of the authorised authority, for a specified period of time in the future"³⁹.

Also in 2014, the Polish Constitutional Court, in its decision No. K 23/11⁴⁰, partially upheld several submissions by the Human Rights Defender and the General Prosecutor's Office in the Data Retention case and annulled part of the contested legislation concerning the police and other public authorities entitled to request traffic and location data. Courts in Romania, Bulgaria, Cyprus, Belgium⁴¹ and other EU Member States have also ruled similarly on national legislation.

3. Conclusions: expected further development of the Data Retention obligation – "Europäisierungstendenzen"?

As the author has shown in the text above, the Data Retention obligation contained in the individual EU Member States' legislation is still subject to judicial review, even after more than 17 years since the adoption of the Data Retention Directive and almost 10 years since its annulment by the CJEU. The Data Retention obligation continues to be dealt with both by the courts at national level and by the CJEU in

preliminary ruling proceedings initiated by the courts of the EU Member States.

Data Retention in the Czech legal system has not yet been subject to review by the CJEU, it is therefore not possible to state with certainty what the outcome of such a review might be. In the author's view, a number of decisions of the CJEU in relation to national Data Retention, as set out above, constitute established decision-making practice. It is also a fact that the Data Retention legislation contained in the ECA is based on the blanket and indiscriminate retention of traffic and location data of all subscribers to electronic communications networks and services; it is precisely such legislation that the CJEU has in a number of cases found to be incompatible with EU law, in particular the ePrivacy Directive. In addition to the constant decision-making practice of the CJEU, it is also not possible to ignore the long-standing legal regulations in EU Member States neighbouring the Czech Republic - the Slovak variant of data freeze and the German variant of Data Retention with a significantly shorter retention period undoubtedly represent a less serious interference into the fundamental rights and freedoms concerned.

For all these reasons, the author considers it very appropriate that one of the Czech courts turn to the CJEU with a request for a preliminary ruling related to the Czech Data Retention legislation. Ruling of the CJEU would probably provide clear conclusions to the legal issues that arose during the application of the Data Retention obligation in ECA in relation to the encroachments on fundamental rights and freedoms. At the same time, such a ruling could ultimately lead to the harmonization of the current legislation of the Czech Republic with the legislation of a number of other EU countries, the CJEU could therefore be in the role of bearer of real "Europeanisation tendencies". The author is aware of a publicly available detailed

30. Judgment of the Court of Justice of the EU (Grand Chamber) of 6 October 2020 in Joined Cases C-511/18, C-512/18 and C-520/18. Requests for a preliminary ruling from the Conseil d'Etat (Council of State, France) and from the Cour constitutionnelle (Constitutional Court, Belgium).

31. Judgment of the Court of the EU (Grand Chamber) of 2 March 2021 in Case C-746/18. Request for a preliminary ruling from the Riigikohus.

32. Judgment of the Court of the EU (Grand Chamber) of 5 April 2022 in Case C-140/20. Request for a preliminary ruling from the Supreme Court (Ireland).

33. Judgment of the Court of the EU (Grand Chamber) of 20 September 2022 in Joined Cases C-793/19 and C-794/19. Request for a preliminary ruling from the Bundesverwaltungsgericht (Federal Administrative Court, Germany).

34. Bundesverfassungsgericht. Urteil vom 2. März 2010. 1 BvR 256/08, 1 BvR 263/08, 1 BvR 586/08.

35. Das Telekommunikationsgesetz vom 22. Juni 2004 (BGBl. I S. 1190) das zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 17. Juli 2015 (BGBl. I S. 1324) geändert worden ist.

36. Die Strafprozessordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. April 1987 (BGBl. I S. 1074, 1319), die zuletzt durch Artikel 5 des Gesetzes vom 10. Dezember 2015 (BGBl. I S. 2210) geändert worden ist.

37. Gesetz zur Einführung einer Speicherpflicht und einer Höchstspeicherfrist für Verkehrsdaten (VerKDStpG ka.Abk.) vom 10. Dezember 2015.

38. Ruling of the Constitutional Court of the Slovak Republic Case No. PL ÚS 10/2014 of 29 April 2015.

39. UŘIČAŘ, M. Využívání údajů elektronických komunikací v boji proti terorismu. In: Sborník 21. ročníku mezinárodní konference IS2 KYBERPROSTOR V NAŠEM ŽIVOTĚ ... hrozby a rozmazané hranice. Praha: TATE International, s.r.o., 2020.

40. Judgment No. K 23/11 of the Constitutional Court of Poland (Trybunał Konstytucyjny) of 30 July 2014.

41. Decision of the Constitutional Court of Romania No. 1258/2009 of 8 October 2009; Decision of the Bulgarian Supreme Administrative Court of 17 December 2008; Decision of the Supreme Court of Cyprus of February 2011; Decision of the Constitutional Court of Belgium No. 84/2015 of 11 June 2015.



plan of a non-profit organization to initiate legal proceedings in which such a request for a preliminary ruling would be submitted to the CJEU⁴², according to available information this plan is at a very early stage. Currently, there is apparently no other court proceeding in the Czech Republic in which a court would be going to request a preliminary ruling. Theoretically, of course, the Czech legislator could also amend the legislation on Data Retention accordingly, however no such specific proposal has been drafted.

We should note that the reason for the adoption of the Data Retention Directive was the effort to introduce

"measures for the approximation of the provisions laid down by law, regulation or administrative action in Member States which have as their object the establishment and functioning of the internal market" according to Article 95 of the Treaty establishing the European Community; the invalidated directive referred to this legal basis. After its annulment by the CJEU, however, the European Commission announced that it is not preparing a legislative proposal to replace this directive⁴³. The author considered this communication to be quite surprising even at the time, with regard to the legal basis for the adoption of the Data Retention Directive, which – if it existed at the time of its adoption – has probably not undergone significant changes in the meantime. On the contrary, the current Data Retention legislations in individual EU member states are very different from each other – from countries like the Czech Republic, applying this obligation in an unchanged version, to countries which have abolished this obligation. The author still believes it would be fully appropriate for the European Commission in this case to try to be the bearer of "Europeanisation tendencies" and prepare a proposal that fully respecting the opinions expressed in the constant decision-making practice of the CJEU.

Bibliography

1. Council of the European Union. 2477th Council meeting - JUSTICE AND HOME AFFAIRS. 19 December 2002.
2. European Commission. Report on the Implementation of the European Security Strategy - Providing Security in a Changing World. 11 December 2008.f
3. European Council. Declaration on Combating Terrorism. 25 March 2004.
4. Judgment of the Court of Justice of the EU (Grand Chamber) of 9 November 2010. Volker und Markus Schecke GbR (C-92/09) and Hartumt Eifert (-93/09) v Land Hessen Reference for a preliminary ruling: Verwaltungsgericht Wiesbaden. Joined Cases C 92/09 and C 93/09.
5. Judgment of the European Court of Human Rights dated 2 August 1984. Case of Malone v. The United Kingdom (Application no. 8691/79). European Court of Human Rights.
6. Judgment of the European Court of Human Rights dated 16 December 1992. Case of Niemietz v. Germany (Application no. 13710/88).
7. Judgment of the European Court of Human Rights dated 2 August 1984. Case of Malone v. The United Kingdom (Application no. 8691/79).
8. Bundesverfassungsgericht 1 BvR 668/04. Urteil vom 27. Juli 2005 (Vorbeugende Telekommunikationsüberwachung).
9. Bundesverfassungsgericht. 1 BvR 370/07, 1 BvR 595/07. Urteil vom 27. Februar 2008 (Grundrecht auf Computerschutz).
10. HENDRYCH, D.; SVOBODA, C. Ústava České republiky: komentář. 1. vydání. Praha: C.H. Beck, 1997. 262 s. ISBN 978-80-7179-0846.
11. Ruling of the Constitutional Court of the CR II. ÚS 502/2000 of 22 January 2001.
12. Ruling of the Constitutional Court of the CR Pl. ÚS 24/10 of 22 March 2011.
13. Ruling of the Constitutional Court of the CR Pl. ÚS 24/11 of 20 December 2011.
14. Ruling of the Constitutional Court of the CR Pl. ÚS 45/17 of 14 May 2019.
15. Uříčář, M. Quo vadis, Data Retention. In: Porada, V., Rais, K. (eds), Právní, kriminalistické, kriminologické, technologické a ekonomické aspekty kybernetické kriminality a bezpečnosti. Pocta Vladimíru Smejkalovi, Brno: Akademické nakladatelství CERM, s.r.o., 2021. ISBN 978-80-7623-065-1.
16. UŘIČAŘ, M., RÁMIŠ, V. a kol. Obecné nařízení o ochraně osobních údajů. Komentář. 1. vydání. Praha: C. H. Beck, 2021, s. 106. 1414 s. ISBN 978-80-7400-815-3.
17. Judgment of the Court of Justice of the EU (Grand Chamber) of 8 April 2014. Digital Rights Ireland Ltd v Minister for Communications, Marine and Natural Resources and Others and Kärntner Landesregierung and Others. References for a preliminary ruling from the High Court (Ireland) and the Verfassungsgerichtshof (Austria). Joined Cases C-293/12 and C-594/12.
18. Judgment of the Court of Justice of the EU (Grand Chamber) of 21 December 2016 in Joined Cases C-203/15 and C-698/15. Requests for a preliminary ruling from the Kamarrätten i Stockholm and Court of Appeal (England & Wales) (Civil Division).
19. Judgment of the Court of Justice of the EU (Grand Chamber) of 6 October 2020 in Joined Cases C-511/18, C-512/18 and C-520/18. Requests for a preliminary ruling from the Conseil d'État (Council of State, France) and from the Cour constitutionnelle (Constitutional Court, Belgium).
20. Judgment of the Court of the EU (Grand Chamber) of 2 March 2021 in Case C-746/18. Request for a preliminary ruling from the Riigikohus.
21. Judgment of the Court of the EU (Grand Chamber) of 5 April 2022 in Case C-140/20. Request for a preliminary ruling from the Supreme Court (Ireland).
22. Judgment of the Court of the EU (Grand Chamber) of 20 September 2022 in Joined Cases C-793/19 and C-794/19. Request for a preliminary ruling from the Bundesverwaltungsgericht.
23. Bundesverfassungsgericht. Urteil vom 2. März 2010. 1 BvR 256/08, 1 BvR 263/08, 1 BvR 586/08.
24. Ruling of the Constitutional Court of the Slovak Republic Pl. ÚS 10/2014 of 29 April 2015.
25. UŘIČAŘ, M. Využívání údajů elektronických komunikací v boji proti terorismu. In: Sborník 21. ročníku mezinárodní konference IS2 KYBERPROSTOR V NAŠEM ŽIVOTĚ ... hrozby a rozmazané hranice. Praha: TATE International, s.r.o., 2020.
26. Judgment No. K 23/11 of the Constitutional Court of Poland (Trybunał Konstytucyjny) of 30 July 2014.

42. Iuridicum Remedium, z. s., <https://www.iure.org/>.

43. European Commission statement on national data retention laws (Brussels, 16 September 2015).

Summary:

The Data Retention obligation, originally based on the so-called Data Retention Directive, subsequently annulled by the Court of Justice of the EU, continues to exist in some EU Member States, including the Czech Republic where electronic communications operators are obliged to retain the traffic and location data of all their subscribers, for the purpose of their possible request by authorised authorities.

This obligation constitutes a significant interference with certain fundamental rights and freedoms, in particular the right to privacy and the right to informational self-determination. For this reason, the Data Retention legislation has been the subject of numerous court decisions in EU Member States, including the constitutional courts of the Czech Republic, Germany, Slovakia and others, as well as by the CJEU. We could therefore speak of an established decision-making practice, which, in particular in the case of the CJEU, has concluded that national legislation based on the general and indiscriminate retention of traffic and location data of all subscribers is generally not considered to be compatible with the ePrivacy Directive and the Charter of Fundamental Rights of the EU.

The Data Retention legislation in force in the Czech Republic imposes an obligation to retain the traffic and location data of all subscribers for a period of 6 months and thus differs significantly from, for example, the regulations in the Slovak Republic or Germany. The current state of Data Retention legislation within the EU generally shows significant differences between EU Member States, although the Data Retention Directive was originally adopted for the purpose of convergence of legislation and the functioning of the EU internal market. The question is whether the decision-making practice of the CJEU will eventually contribute to the gradual unification or whether the European Commission prepares a proposal that will unify the fragmented regulations, while respecting the conclusions of the CJEU.

Keywords: fundamental rights and freedoms, data retention, right to privacy, traffic and location data, right to informational self-determination.

Zusammenfassung:

Die Verpflichtung zur Vorratsdatenspeicherung, die ursprünglich auf der so genannten Richtlinie über die Vorratsdatenspeicherung beruhte, die später vom Gerichtshof der EU für nichtig erklärt wurde, besteht in einigen EU-Mitgliedstaaten weiterhin, so auch in der Tschechischen Republik, wo die Betreiber elektronischer Kommunikationsdienste verpflichtet sind, die Verkehrs- und Standortdaten aller ihrer Teilnehmer zu speichern, damit sie von den zuständigen Behörden angefordert werden können.

Diese Verpflichtung stellt einen erheblichen Eingriff in bestimmte Grundrechte und -freiheiten dar, insbesondere in das Recht auf Privatsphäre und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung. Aus diesem Grund war die Gesetzgebung zur Vorratsdatenspeicherung Gegenstand zahlreicher Gerichtsentscheidungen in den EU-Mitgliedstaaten, einschließlich der Verfassungsgerichte der Tschechischen Republik, Deutschlands, der Slowakei und anderer Länder, sowie des EuGH. Man kann daher von einer gefestigten Entscheidungspraxis sprechen, die insbesondere im Fall des EuGH zu dem Schluss gekommen ist, dass nationale Rechtsvorschriften, die auf einer allgemeinen und unterschiedslosen Speicherung von Verkehrs- und Standortdaten aller Teilnehmer beruhen, im Allgemeinen als nicht mit der Datenschutzrichtlinie für elektronische Kommunikation und der Charta der Grundrechte der EU vereinbar angesehen werden.

Die in der Tschechischen Republik geltende Gesetzgebung zur Vorratsdatenspeicherung verpflichtet dazu, die Verkehrs- und Standortdaten aller Teilnehmer für einen Zeitraum von sechs Monaten aufzubewahren, und unterscheidet sich damit erheblich von den Vorschriften beispielsweise in der Slowakischen Republik oder in Deutschland. Der derzeitige Stand der Gesetzgebung zur Vorratsdatenspeicherung in der EU zeigt im Allgemeinen erhebliche Unterschiede zwischen den EU-Mitgliedstaaten, obwohl die Richtlinie zur Vorratsdatenspeicherung ursprünglich zum Zwecke der Konvergenz der Rechtsvorschriften und des Funktionierens des EU-Binnenmarktes verabschiedet wurde. Es stellt sich die Frage, ob die Entscheidungspraxis des EuGH letztendlich zu einer schrittweisen Vereinheitlichung beitragen wird oder ob die Europäische Kommission einen Vorschlag ausarbeitet, der die fragmentierten Vorschriften vereinheitlicht und dabei die Schlussfolgerungen des EuGH berücksichtigt.

Schlüsselwörter: Grundrechte und Grundfreiheiten, Vorratsdatenspeicherung, Recht auf Privatsphäre, Verkehrs- und Standortdaten, Recht auf informationelle Selbstbestimmung.



Über den Autor: Miroslav Uříčář, Doktorand an der Juristischen Fakultät der Karls-Universität Prag, Rechtsanwalt bei EGALITÉ advokátní kancelář s.r.o. (LEGALITÉ Lawyers); E-Mail: uricar@email.cz



Michał Biliński, Magdalena Jaś-Nowopolska

Bericht zur internationalen wissenschaftlichen Tagung über "Wirtschaft, Finanzen und nachhaltige Entwicklung"¹

Am 19. Juni 2023 fand die deutsch-polnische Tagung "Wirtschaft, Finanzen und nachhaltige Entwicklung", die ein Teil eines gleichnamigen, internationalen, wissenschaftlichen Projekts ist, (online) statt.

Im Fokus der Debatte stand die Frage nach Bedeutung, Einfluss und Folgen des Prinzips nachhaltiger Entwicklung in den Bereichen öffentliche Finanzen und Wirtschaft.

An dem Projekt sind deutsche und polnische Wissenschaftler*innen ausführenden Universitätszentren beteiligt. Die Gesamtleitung des Projekts hat Dr. Hanna Wolska (Universität Danzig) übernommen. Außerdem gehören ihm die Projektleiter der Partnerinstitutionen an: Dr. Magdalena Jaś-Nowopolska (Universität Gießen), Dr. Anna Trela (Adam-Mickiewicz-Universität in Posen), Dr. hab. Michał Biliński (Jagiellonen-Universität in Krakau), Univ.-Prof. Dr. hab. Ewa Przeszło, Dr. Agnieszka Piwowarczyk (Schlesische Universität in Kattowitz), Dr. Aleksander Jakubowski (Universität Warschau) und Dr. Joanna Ablewicz (Verlag C.H. Beck). Das Projekt wird von der Polnisch-Deutschen Wissenschaftsstiftung finanziert.

Ziel des Projektes ist, wissenschaftliche Untersuchungen zu Auswirkungen nachhaltiger Entwicklung auf Wirtschaft und Finanzen sowie der Umsetzbarkeit dieses Prozesses, der bereits einen Wert an sich begründet, in genannten Bereichen in Polen und Deutschland durchzuführen. Die besondere Herausforderung besteht dabei in der Notwendigkeit, mehrere Herausforderungen gleichzeitig zu bewältigen: Einerseits umfasst die Umsetzung dieses Prinzips viele sozioökonomische Maßnahmen, die eine Integration politischer, wirtschaftlicher und sozialer Aktivitäten verlangen. Andererseits zielt es selbst darauf ab, das

natürliche Gleichgewicht grundlegender natürlicher Prozesse und ihre Beständigkeit aufrechtzuerhalten, um auf diesem Wege die Möglichkeit der Befriedigung von Grundbedürfnissen einzelner gesellschaftlicher Gruppen oder Bürger*innen sowohl heutiger als auch künftiger Generationen zu gewährleisten.

Das dargestellte Forschungsziel wird durch einen kohärenten Dreiklang wissenschaftlicher Aktivitäten erreicht. Neben der Debatte, die am 19. Juni 2023 stattgefunden hat und als Grundlage für den wissenschaftlichen Diskurs über die Projektthemen dienen soll, planen die Partneruniversitäten die Einrichtung einer Internetplattform als Instrument zur Fortsetzung der angeregten Diskussion in einem breiten, wissenschaftlichen Forum (Deutsch - Polnisches Forum für Nachhaltige Entwicklung) sowie die Zusammenstellung der Thesen und Beiträge der beteiligten Projektteilnehmenden in einer wissenschaftlichen Publikation.

Die Tagung am 19. Juni 2023 begann mit einer offiziellen Begrüßung der Teilnehmenden durch den Dekan der Fakultät für Recht und Verwaltung der Universität Danzig - Univ.-Prof. Dr. hab. Wojciech Zalewski sowie die Projektleiterin an der Universität Danzig, Dr. Hanna Wolska.

Im ersten Teil der Tagung wurden zwei Einführungsvorträge gehalten.

Prof. Thilo Marauhn (Justus-Liebig-Universität Gießen) gab zunächst eine kurze historische Einführung in das Konzept der nachhaltigen Entwicklung und verwies auf dessen Bedeutung und die Bereiche, in denen es verankert ist. Es wurden hierbei zwei zentrale Fragen thematisiert: Was bedeutet Nachhaltigkeit

grundsätzlich und wie ist die Idee der Nachhaltigkeit konzeptionell in Rechtsquellen verortet? Im Hauptteil des Vortrags wurde darauf hingewiesen, dass die bisherigen Versuche, Wirtschaft und Umwelt zu synchronisieren, nicht ganz erfolgreich waren. Vor diesem Hintergrund schlug Prof. Thilo Marauhn drei Modelle vor, die es ermöglichen könnten, die Werte einer nachhaltigen Entwicklung besser zur Geltung zu bringen. Als solche nannte er Hierarchisierung, Normenkollision und Harmonisierung.

Den Einführungsvortrag auf polnischer Seite hat Prof. Andrzej Powałowski (unter Betonung seiner Co-Autorenschaft bei der Vorbereitung des Vortrags mit Univ.-Prof. Dr. hab. Ewa Przeszło) übernommen. Powałowski betonte, dass vor allem dem Prinzip der sozialen Marktwirtschaft bei der Klärung der Frage nach dem Wesen der nachhaltigen Entwicklung eine große Bedeutung spielen sollte. Die nachhaltige Entwicklung beinhalte, so Powałowski, die Notwendigkeit, ein Gleichgewicht zwischen den Interessen der Unternehmenden und den Interessen anderer gesellschaftlicher Gruppen zu gewährleisten. Die Grundannahmen nachhaltiger Entwicklung sollten in der Konsequenz zur Koexistenz von Marktwirtschaft und sozialen Aspekt sowie zu einem Ausgleich zwischen den Interessen der Unternehmer einerseits und den Interessen anderer gesellschaftlicher Gruppen andererseits führen.

Unmittelbar nach den Einführungsvorträgen folgte die erste Diskussionsrunde, in welcher die Forschungsfragen aus wirtschaftlicher Perspektive diskutiert wurden. Prof. Bettina Schöndorf - Haubold (Justus-Liebig-Universität Gießen) ging auf die Situation der erneuerbaren Energien in der Bundesrepublik Deutschland ein. Sie wies auf die zu erreichenden Klimaziele und gab einen kurzen Überblick über die aktuellen rechtlichen Entwicklungen, insbesondere auf europäischer Ebene, die den Zubau von Erneuerbaren beschleunigen sollen. Dabei ging sie auch auf den Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom März 2021, welcher eine Änderung des Bundes-Klimaschutzgesetzes zur Folge hatte, ein.

Dr. Anna Trela (Adam-Mickiewicz-Universität in Posen) wies darauf hin, dass die Bezeichnung „saubere Energie“ programmatisch (systemisch) zu verstehen sei und ihre Bedeutung sich nicht nur auf Energieerzeugungsquellen beschränken dürfe. „Saubere Energie“ sei ein Programm, das eine Dekarbonisierung des EU-Energiesystems umfassen sollte. Als Instrumente seiner Realisierung führte sie die Anerkennung der Energieeffizienz als vorrangiges Prinzip und die Schaffung eines Energiesektors, welcher weitgehend auf erneuerbaren Energien basiert und eine erschwingliche und sichere Energieversorgung in einem vollständig integrierten, vernetzten und digitalen EU-Energiemarkt gewährleistet an. Sie fügte hinzu, dass die Tatsache, dass Polens Energiewirtschaft sich bei der

Energieerzeugung weitgehend auf Kohlekraftwerke stützt, einen schrittweisen Übergang zu einer kohlenstoffarmen und letztlich kohlenstofffreien Wirtschaft erfordere und dieser Prozess an die wirtschaftlichen und sozialen Bedürfnisse des Landes angepasst werden müsse.

Prof. Elena Dubovitskaya (Justus-Liebig-Universität Gießen) erläuterte die Rolle, die ihrer Auffassung nach Nachhaltigkeitsstandards im Bereich der sogenannten Corporate Governance spielen sollten. Sie verwies auf die Frage der virtuellen Kommunikation und auf die Unterschiede zwischen öffentlichen und privaten Unternehmen in Bezug auf die Erreichung von Nachhaltigkeitszielen.

Dr. Hanna Wolska (Universität Danzig) erklärte, dass im polnischen Gesellschaftsrecht der normative Wert des Postulats der nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung in zwei Dimensionen wahrgenommen werden sollte: auf der Ebene der guten Sitten, die verlangen, dass entsprechende Bewertungen im Lichte außerrechtlicher Normen vorzunehmen sind und auf der Ebene der allgemein verbindlichen Vorschriften.

Dr. Joanna Ablewicz beleuchtete die Aktivitäten von Bankunternehmen im Bereich der nachhaltigen Entwicklung. Die Präsentation umfasste eine Reihe von Initiativen und Methoden, mit deren Hilfe Banken zu den Postulaten der nachhaltigen Entwicklung beitragen und diese umsetzen.

Eva-Maria Thierung (Universität Greifswald) wies in ihrer Antwort auf die Frage zur Berücksichtigung des Prinzips der Nachhaltigkeit im Planungsrecht auf den engen Zusammenhang zwischen der föderalen Struktur der Bundesrepublik Deutschland und den Ebenen der räumlichen Planung hin. Ausgehend davon zeigte sie auf, dass im deutschen Planungsrecht das Prinzip der nachhaltigen Entwicklung auf allen Planungsebenen - vom Bund über die Länder bis zu den Kommunen - Beachtung findet. Dies geschieht oft auf der Grundlage von Gesetzen, die die hierarchische Struktur der Planungsebenen widerspiegeln. Auf der Bundesebene wird die nachhaltige Entwicklung als - noch eher abstraktes - Konzept verstanden, das auf der Landesebene in konkrete Ziele überführt wird, um dann auf der kommunalen Ebene in konkrete Regelungen in den Flächennutzungsplänen überführt zu werden. Als Instrument zur Umsetzung dieses Prinzips stellte sie den Charakter des Prinzips als Abwägungsregel heraus; es dient somit zum Ausgleich von widerstreitenden Interessen.

Dr. Aleksander Jakubowski (Universität Warschau) wies darauf hin, dass zur Gewährleistung einer nachhaltigen Entwicklung Raumplanungsinstrumente auf jeder Ebene der öffentlichen Hand angesiedelt sein sollten, d.h. auf nationaler, regionaler/ländlicher, lokaler

¹ Eine Kurzfassung des Berichts wird in englischer Sprache in der Zeitschrift Gdańskie Studia Prawnicze veröffentlicht.

(Gemeinde) Ebene und sogar in den Untereinheiten. Gleichzeitig wurde jedoch betont, dass der grundlegende Ort für die Raumplanung die Gemeinde sein sollte.

Die zweite Diskussionsrunde befasste sich mit der Rolle des Nachhaltigkeitsprinzips im Finanzsektor.

Dr. Carsten Schirmacher (Justus-Liebig-Universität Gießen) erläuterte, dass im Finanzsektor wirtschaftliche Aktivitäten in der Regel von privaten Investoren im Rahmen von Unternehmensbeteiligungen finanziert werden. Um die notwendige nachhaltige Transformation der Produktionsbedingungen in die Wege zu leiten und zu unterstützen, versuche der europäische Gesetzgeber, Kapitalanleger zu ermutigen, ihre Mittel nachhaltig wirtschaftenden Unternehmen zur Verfügung zu stellen. Ein kohärenter Regulierungsansatz, der diesem Ziel dienen soll, müsse verschiedene, mitunter gegensätzliche, Interessen zusammenführen.

Dr. Damian Cyman (Universität Danzig) wies auf eine Reihe von Vorschriften und Standards hin, die in Polen zur Förderung der Nachhaltigkeit im Finanzsektor eingeführt wurden. Der Aktionsplan für nachhaltige Finanzen, der die Einführung von Umwelt-, Sozial- und Risikomanagementkriterien in den Investitionsprozess vorsieht, wurde als eines der wichtigsten Dokumente genannt. Der Vortrag bezog sich auch auf die Lösungen der Verordnung vom 27. November 2019/2088 und die Vorschriften zum Schutz der Verbraucherrechte.

Dr. hab. Michał Biliński (Jagiellonen-Universität in Krakau) legte die Kontroversen um die Grundsätze der Finanzierung und den Umfang der wirtschaftlichen Tätigkeit von Nationalparks dar. Dabei wurde insbesondere auf die Gefahr der Kommerzialisierung dieser Einrichtungen hingewiesen, die nach dem Naturschutzgesetz in erster Linie nichtkommerzielle Ziele verfolgen und gleichzeitig dem Schutz des ökologischen Gleichgewichts in ihren Gebieten dienen sollen.

Dr. Magdalena Jaś-Nowopolska (Justus-Liebig-Universität Gießen) stellte in ihrem Vortrag fest, dass Nachhaltigkeit im deutschen Vergaberecht an Bedeutung gewonnen hat. Der Gesetzgeber habe in § 97 Abs. 3 GWB die Berücksichtigung von qualitativen und innovativen sowie sozialen und umwelt-

bezogene Aspekte bei der Vergabe von Aufträgen vorgesehen. Diese Kriterien könnten in verschiedenen Stadien des Vergabeverfahrens berücksichtigt werden. Sie wies auch auf konkrete Rechtsvorschriften hin, die die Berücksichtigung von Nachhaltigkeitsaspekten bei der Beschaffung zwingend vorschrieben.

Dr. Agnieszka Piwowarczyk (Schlesische Universität in Kattowitz), ging ihrerseits auf das öffentliche Vergaberecht und die Rolle, die die nachhaltige Entwicklung in den Vergabeverfahren spielen sollte, in Polen ein. In ihrem Vortrag betonte sie, dass die Funktionen dieser Verfahren nicht nur die Befriedigung des Bedarfs der Auftraggeber an Lieferungen, Dienstleistungen und Bauleistungen umfassen, sondern auch die Verwirklichung von Zielen von sozialer oder wirtschaftlicher Bedeutung. Die sozialen und wirtschaftlichen Funktionen des Beschaffungswesens würden insbesondere durch die sogenannte nachhaltige öffentliche Beschaffung verwirklicht, im Rahmen derer Einkauf und Beschaffung von Produkten und Dienstleistungen auch unter Berücksichtigung sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen von Kaufentscheidungen vollzogen werden.

Prof. Dorota Pyć, Direktorin des Forschungszentrums für Maritime Wirtschaft an der Universität Danzig, stellte die Aktivitäten des Zentrums vor, die dort durchgeführten wissenschaftlichen Initiativen und die Rolle der nachhaltigen Entwicklung in Wissenschaft und Bildung.

Die Runde wurde beendet mit einem Resümee des Direktors des Zentrums für nachhaltige Entwicklung an der Universität Danzig Dr. Krzysztof Szczepaniak und der Leiterin der Stabsabteilung für Nachhaltigkeit an der Justus-Liebig-Universität Gießen, Dr. Alexandra Jungert, zu den Herausforderungen einer nachhaltigen Entwicklung und Maßnahmen, die an den Universitäten zwecks ihrer effektiven Begegnung bereits heute sowie in Zukunft getroffen werden. Zum Abschluss der Tagung fasste Dr. Hanna Wolska die Inhalte und erste Ergebnisse beider Debatten kurz zusammen und forderte alle Teilnehmenden - insgesamt mehr als 60 Personen - dazu auf, die Diskussion auf einer eigens eingerichteten Online-Plattform fortzusetzen.



Über den Autor: Dr. hab. Michał Biliński, Jagiellonen-Universität in Krakau.



Über die Autorin: Dr. Magdalena Jaś-Nowopolska, Justus-Liebig-Universität Gießen.

Herausgeber

Deutsch-Polnische Juristen-Vereinigung e.V.
Verlag de-iure-pl Berlin, Wrocław

Schriftleitung

Prof. nadzw. (Collegium Witelona) Dr. hab. Ewa Tuora-Schwierskott, LL.M.
schwierskott@dpjv.de
Tel.: + 49 (0) 15141499784

Redaktion

R.A. Michał Rejniewicz (Deutsch-Polnische Juristen-Vereinigung, Deutschland)
Dr. Agnieszka Malicka (Uniwersytet Wrocławski, Wydział Prawa, Administracji i Ekonomii, Polen)
Dr. Jan Schurmann (Deutsch-Polnische Juristen-Vereinigung, Deutschland)
Prof. Dr. hab. Paweł Kuczma (Uniwersytet Zielonogórski, Wydział Prawa i Administracji, Polen)

Wissenschaftlicher Beirat und Rezension

Prof. Dr. Mirosław Wyrzykowski (Uniwersytet Warszawski, Polen)
Prof. Dr. Gerrit Manssen (Universität Regensburg, Deutschland)
Prof. Dr. Cristina Hermida del Llano, (Universidad Rey Juan Carlos, Spanien)
Prof. Dr. Pasquale Policastro (Uniwersytet Szczeciński, Polen)
Prof. Dr. Luca Mezetti (Università di Bologna, Italien)
Prof. Dr. Andrzej Szmyt (Uniwersytet Gdański, Polen)
Prof. Dr. Rainer Arnold (Universität Regensburg, Deutschland)
Prof. Dr. Krzysztof Mikołajczuk (Katolicki Uniwersytet Lubelski Jana Pawła II, Polen)
Prof. Dr. Ioan Gănfălean (Universitatea „1 Decembrie 1918” din Alba Iulia, Rumänien)
Prof. Dr. Gabriella Mangione (Università degli Studi dell’Insubria, Como, Italien)
Prof. Dr. Paweł Kuczma (Uniwersytet Zielonogórski, Polen)
Prof. Dr. Izabela Gawłowicz (Uniwersytet Zielonogórski, Polen)
Conf. univ. Dr. Bianca Dabu (Universitatea din Pitești, Rumänien)
Conf. univ. Dr. Miruna Tudorascu (Universitatea „1 Decembrie 1918” din Alba Iulia, Rumänien)
Dr. Napoleon Dabu (Universitatea din Pitești, Rumänien)
Dr. Manole Decebal Bogdan (Universitatea „1 Decembrie 1918” din Alba Iulia, Rumänien)
Dr. Anna Chodorowska (Uniwersytet Zielonogórski, Polen)
Dr. Agnieszka Malicka (Uniwersytet Wrocławski, Polen)
Dr. Jan Schurmann (Deutsch-Polnische Juristen-Vereinigung, Deutschland)
Dr. Luigi Mariano Guzzo (Università degli Studi „Magna Græcia” di Catanzaro, Italien)
Dr. Edyta Krzysztofik (Katolicki Uniwersytet Lubelski Jana Pawła II, Polen)
Dr. Ilona Grądzka (Katolicki Uniwersytet Lubelski Jana Pawła II, Polen)
Dr. Magdalena Maksymiuk (Uniwersytet Kardynała Stefana Wyszyńskiego, Polen)
Dr. Justyna Michalska (Uniwersytet Zielonogórski, Polen)
Dr. Ewa Żołnierczyk (Uniwersytet Zielonogórski, Polen)
Prof. Dr. Ivan Pankevych (Uniwersytet Zielonogórski, Polen)
Prof. Dr. Andrzej Bisztyga (Uniwersytet Zielonogórski, Polen)

Anzeigenverwaltung

Prof. nadzw. (PWSZ Legnica) Dr. hab. Ewa Tuora-Schwierskott, LL.M.
Deutsch-Polnische Juristen-Vereinigung e.V.
Littenstraße 11, 10117 Berlin
schwierskott@dpjv.de

Vertrieb

Deutsch-Polnische Juristen-Vereinigung e.V.
Littenstraße 11, 10117 Berlin

Satz & Gestaltung

Jacek Galazka, studio OKO GRAPHia
E: info@okographia.com W: www.okographia.com

Erscheinungsweise

4 x jährlich
Die in DPJZ veröffentlichten Artikel geben die Meinung der Autoren wieder und stellen nicht unbedingt die Meinung der DPJV und seiner Mitglieder.

Bezugspreis

Einzelheft 14,90 €, jeweils inklusive MwSt. zzgl. Versandkosten (4,00 € Inland / 9,90 € Ausland)
Jahresabonnement 45,00 €

Vorzugspreis

Mitglieder der Deutsch-Polnischen Juristen-Vereinigung e.V. gegen Nachweis der Entrichtung des Mitgliederbeitrages bekommen das Heft unentgeltlich.

Anzeigenformate und Grundpreise

1/1 Seite 350,00 €, 1/2 Seite 200,00 €, 1/1 Seite U3 450,00 €, Rubrikanzeigen 35,00 €

Urheberrecht

Die Zeitschrift und die in ihr enthaltenen Aufsätze, Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Sie dürfen ohne vorherige schriftliche Zustimmung der Vereinigung und des Verlages weder vollständig noch in Teilen vervielfältigt werden. Dies gilt auch für Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Zurverfügungstellung in elektronischer Form. Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion bzw. der Herausgeber wieder.

Manuskripte:

Der Verlag haftet nicht für Manuskripte, die unverlangt eingereicht werden. Sie können nur zurückgegeben werden, wenn Rückporto beigefügt ist. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag das ausschließliche Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts. Eingeschlossen sind insbesondere auch das Recht zur Herstellung elektronischer Versionen und zur Einspeicherung in Datenbanken sowie das Recht zu deren Vervielfältigung und Verbreitung online oder offline ohne zusätzliche Vergütung. Nach Ablauf eines Jahres kann der Autor anderen Verlagen eine einfache Abdruckgenehmigung erteilen; das Recht an der elektronischen Version verbleibt beim Verlag.

Bildquellen

Fotolia.de, iStockphoto.com, sxc.hu, pixelio.de, Getty Images, commons.wikimedia.org, www.flickr.com, wikipedia
Auflage 1000 Stück

DEUTSCH – POLNISCHE RECHTSSCHULE WROCLAW – BERLIN

SCHULE DES DEUTSCHEN RECHTS
FAKULTÄT FÜR RECHTS-, VERWALTUNGS-
UND WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN
UNIVERSITÄT WROCLAW
<https://prawo.uni.wroc.pl/taxonomy/term/132>

SCHULE DES POLNISCHEN RECHTS
JURISTISCHE FAKULTÄT
HUMBOLDT-UNIVERSITÄT ZU BERLIN
<https://www.rewi.hu-berlin.de/de/ip/cert/dprs>



Uniwersytet
Wrocławski



DPJIV

Deutsch-Polnische
Juristen-Vereinigung e.V.

